Nr. 82. Halle a. S., Dienstag den 9. April 1907. 18. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Woermanns Ehre ist gerettet.

Am Sonnabend ist in Hamburg der verantwortliche Redakteur des Simplizissimus, der Maler Gulbransson, wegen Beleidigung des Großreeders Woermann zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wir bringen weiter unten einen ausführlichen Prozeßbericht, dem wir hier eine allgemeine Betrachtung voranschicken.

Der Prozeß weist abermals auf die schweren Schäden der geltenden Strafprozeßordnung dringend hin. Herr Gulbransson wäre nicht verurteilt worden, hätte sein Prozeß in München stattgefunden, wo sein Blatt erscheint und wo er als verantwortlicher Redakteur zeichnet, und er wäre auch in Hamburg nicht verurteilt worden, wenn in politischen und Preßprozessen aus allen Klassen der Bevölkerung zusammengesetzte Geschworenengerichte zu entscheiden hätten. Die Richter Woermanns gehören derselben privilegierten Kaste einer kleinen Stadtrepublik an, der auch die wohlhabenden Schichten Hamburgs angehören; wie diese, sind auch sie durch das geltende Wahlgesetz aus den Massen geheben und politisch in einen engen Zirkel zusammengedrängt. Diese Verhältnisse trüben ihren Blick für das Recht der Satire, vor dem Herr Gulbransson einen durchaus angemessenen Gebrauch gemacht hatte, diese Verhältnisse führten sie dazu, den Angeklagten unter Abschneidung aller zur Verteidigung notwendigen tatsächlichen Verhältnisse zu einer erheblichen Freiheitsstrafe zu verurteilen.

Daß ein solches Urteil, das den Witz ins Gefängnis wirft, und das Recht der karikaturistischen Satire totschlägt, möglich war zu einer Zeit, da angeblich eine Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse auf gesetzlichem Wege vorgenommen werden soll und daß es gefällt wurde in einer liberalen Republik, kennzeichnet die Wirklichkeit unserer liberalen Aera. Es wird notwendig sein, einen Gesetzentwurf zur Einschränkung der Woermann beleidigungsprozesse und einen zweiten noch dringenderen zur Einschränkung der Streikbrecherbeleidigungsprozesse schleunigst einzubringen, wenn sich nicht etwa auch in Deutschland ein Pobjedonoszew findet, der dem Staat sein Geld zur Erbauung neuer Gefängnisse testamentarisch vermacht. Unser liberales Bürgertum entsetzt sich über die Zustände in Rußland, es entsetzt sich aber auch über die Zustände in Amerika, wo so viel Korruption herrscht und die Justiz so unzuverlässig ist. Man hat aber noch nie gehört, daß ein amerikanischer Richter einen Witzblattredakteur ins Gefängnis geschickt hat, weil er sich erlaubte, die höchst anfechtbaren Praktiken eines einflußreichen Trustmagnaten in karikaturistischer Uebertreibung zu geißeln. Es gibt nun aber einmal Dinge, die außerhalb Deutschlands nirgends in der Welt möglich sind.

* * *

Ueber die interessante Verhandlung wird ausführlich berichtet:

Der am 21. März vertagte Privatbeleidigungsprozeß des früheren Reichstagsabgeordneten für Hamburg III und Schiffsreeders Adolph Woermann gegen den Redakteur Hans Kaspar Gulbransson vom Simplizissimus wurde am Sonnabend vor dem Schöffengericht II verhandelt. In Nr. 30 des Simplizissimus vom 22. Dezember 1906 ist eine Illustration enthalten, die eine Satire auf die großen Profite der Woermann-Linie aus ihren Transporten nach Südwestafrika darstellte. Die Ueberschrift des Bildes lautet: „Die Witwe des Afrikakämpfers", die Unterschrift heißt: „Wir können Vatern nich begraben. Woermann gibt die Leiche nich raus, bis das Lagergeld bezahlt ist." Diese Worte läßt das Bild eine junge Witwe sprechen, die mit ihrem Kinde auf einer Kiste im Hamburger Hafen sitzt und traurig auf einen Woermanndampfer blickt, auf dem sich der Sarg mit der Leiche ihres in Wüst-West gefallenen Mannes befindet. In dieser Darstellung erblickt Herr Woermann sonderbarerweise den Vorwurf, er habe aus Eigennutz Leichen von in Südwest-Afrika gefallenen Kriegern ihren Anverwandten vorenthalten. Zunächst verlangte W. brieflich von der Redaktion des Simplizissimus, sie solle sich bis zum 7. Januar 1907 entschuldigen, worauf diese antwortete, daß ihre Leser eine Satire nicht so wörtlich nehmen, wie einen Polizeibericht. Kein Leser werde glauben, daß die Woermann-Linie Leichen zurückbehalte. Die Redaktion habe durch Bild und Text satirisch nur andeuten wollen, daß Woermann bei dem Afrikaunternehmen nicht ganz so unglücklich sei, wie die junge Mutter, die ihren Mann in Afrika verloren, daß er vielmehr aus den Liegegeldern usw. große Vorteile ziehe. Die Redaktion fügte noch hinzu, sie begrüße diesen Prozeß, der viele wissenswerte Details bringen werde.

Vor Eröffnung des Hauptverfahrens hatten die Verteidiger Gulbranssons, Rechtsanwalt Konrad Haußmann-Stuttgart und Bürgerschaftsmitglied Dr. Braband-Hamburg mehrere Beweisanträge gestellt, darunter die Ladung des Schriftstellers Otto Ernst als Sachverständigen dafür, daß in der Darstellung das Maß der erlaubten Satire nicht überschritten sei, und des früheren Kolonialdirektors, Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg, der über gewisse Vorgänge in der Kolonialverwaltung Auskunft geben sollte. Diese Beweisanträge hat das Gericht abgelehnt.

Der Privatbeklagte war nicht erschienen, da er an Ischias leidet; seine Verteidiger erklärten sich damit einverstanden, daß in Abwesenheit ihres Klienten verhandelt wird.

Rechtsanwalt Haußmann erklärte eingangs, daß nicht die Person Woermann, sondern die hohen Frachtsätze satirisch behandelt werden, wie auch jeder Leser des Simplizissimus wisse, daß es sich um fingierte Gespräche handle. Er müsse den vor der Verteidigung gestellten Antrag auf Ladung des früheren Kolonialdirektors Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg aufrecht erhalten.

Das Gericht behielt sich vor, nach den Plädoyers über diesen Antrag zu befinden.

Der Rechtsbeistand Woermanns, Dr. Hauers-Hamburg, bemerkt eingangs seines Plädoyers, die Woermann-Linie sei erst im Zweifel gewesen, ob hier eine Böswilligkeit vorliege, oder ob vielleicht angedeutet werden sollte (!), daß Schwierigkeiten bei der Auslieferung der Leichen vorgekommen seien. Die Woermann-Linie habe daher von der Redaktion des Simplizissimus nähere Erklärungen und Widerruf verlangt; sie habe also der Redaktion Gelegenheit geboten, ihre Beleidigung in anständiger Form zurückzunehmen, was aber nicht geschehen sei. Der Privatbeklagte erwiderte, die Verhandlung werde interessante Details bringen. Die sollen ihm werden, aber in anderer Weise. Es erscheine inopportun, in Dinge einzugreifen, die zurzeit einem Schiedsgericht zur Beurteilung unterliegen und auch gar nicht hierher gehören. Dr. Hauers verließ sodann den Briefwechsel zwischen der Woermann-Linie und dem Oberkommando der Schutztruppen über die unentgeltliche Leichenbeförderung gefallener Krieger. Aus diesem Briefwechsel gehe also genau das Gegenteil von dem hervor, was der Privatbeklagte in Bild und Text zum Ausdruck gebracht habe. Die Person des Privatklägers solle getroffen werden, ein Mann, der mit eiserner Konsequenz und zäher Ausdauer Afrika mit Deutschland zu verbinden bestrebt war und dem daher der Dank aller anständigen Leute gebühre, wie ja auch das Oberkommando der Schutztruppen der Woermann-Linie höchste Anerkennung zolle. Dem Simplizissimus sei es nur darum zu tun gewesen, das Unternehmen des Privatklägers vor aller Welt zu diskreditieren, namentlich sollten die unteren Schichten gegen die Woermann-Linie aufgebracht werden. Die Handlungsweise des Privatbeklagten sei gemein, und eine solche Verunglimpfung könne nur durch eine empfindliche Freiheitsstrafe gesühnt werden.

Von Gulbranssons Verteidigern nimmt zunächst Dr. Braband das Wort. Er schildert in seinem interessanten Plädoyer die Stimmung, aus der heraus das Bild entstanden sei. Damals stand man unter dem Eindruck der Reichstagsauflösung, deren Ursachen jeder Mensch kenne, und die mit den Kolonien in Verbindung stehenden Dinge — und nicht zuletzt das Verhältnis der Woermann-Linie zur Kolonialverwaltung usw. — standen im Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Der Beklagte sei Redakteur eines Witzblattes, das sich nun gerade als Basis seines Witzes die Leichenbeförderung genommen, damit aber nicht gesagt habe, daß die Woermann-Linie daraus Vorteile ziehe. Es sollte damit gesagt werden, daß die Woermann-Linie sich auf Kosten des Reiches, der Steuerzahler, große Profite verschafft habe. Die Pointe einer Satire liege darin, daß sie durch fingierte Besprechungen oder Gespräche Dinge, Mißstände usw. zu treffen suche. Der Verteidiger berührt sodann die rechtlichen Gesichtspunkte und erklärt, daß um die beantragte Beweisaufnahme nicht herumzukommen sei, weil dies für die Ausmessung der Strafe von großer Bedeutung sei.

Der zweite Verteidiger, Rechtsanwalt Haußmann, führte aus: Nicht das Wort soll man an den Galgen hängen, sondern der Gedanke soll ergründet werden, namentlich der einer Satire zugrunde liegende. Der Inhalt der ganzen in Betracht kommenden Nummer bestehe in fingierten Gesprächen. Aus den Worten des Dr. Hauers klingen die persönlichen Interessen heraus (Dr. H. ist Woermanns Schwiegersohn), sonst hätte er solche Töne nicht angeschlagen. Durch den Witz sollten die hohen Profite aus den Liegegeldern usw. getroffen werden, das sei doch klipp und klar ersichtlich. Eine Tatsache sei, daß jetzt, nach Aufhebung der Verträge mit der Woermann-Linie, die Frachtsätze um 40 Prozent niedriger seien und daß mithin die Woermann-Linie unverhältnismäßig hohe Gewinne auf Kosten der Steuerzahler erzielt habe. Er beantrage, die Herren Hohenlohe-Langenburg und Dernburg als Zeugen darüber laden zu lassen, daß eine ganz bedeutende Uebersteigerung der normalen Frachtsätze stattgefunden habe. Daß außerordentlich hohe Gewinne erzielt worden sind, hätten ja auch die dem Privatkläger

---

(Nachdruck verboten.)

6]

Die zweite Buße.

Kriminal-Roman von Dietrich Theden.

„Nachsicht! Das Wort steht doch in keinem Arbeitsvertrage!"
„Nach meinem Dafürhalten in allen," beharrte Herbrinck mit Betonung.

„Ja, auf meine Kosten!" wandte Luckner ein.

„Auf Kosten angebrachter Güte, Herr Graf," erklärte Herbrinck besonnen. „Sie wollen den Lohnsatz auch nicht ernstlich beanstanden?"

„Gott, beanstanden, wenn Sie ihn genehmigt haben — Sie wissen ja, Ihnen widerspreche ich nicht, grundsätzlich nicht. Oder habe ich — —? Nur dem Löhr wollte ich mal auf die Finger passen. Also Dressen — gut, erledigt. Da gleich zu Anfang steht aber ein Name: Tabbeck, Jörgen —"

„Der ist krank."

„Sie glauben auch daran?"

„Der Mann ist zu bedauern. Ich habe die zwei Mark, von denen er mit seiner Familie nicht leben kann, in Würdigung der unverschuldeten Bedrängnis auf sechs erhöht."

„Das geht nicht, Herbrinck! Damit wird der angeblichen Krankheit nur Vorschub geleistet . . ."

„Sie beanstanden?" fragte Herbrinck nüchtern.

„In diesem Falle selbstredend, aber selbstredend, lieber Freund —"

„Danke."

„Natürlich, das kenne ich. Ihnen ist es nicht recht. Sie wollen eine regelrechte Vorsehung spielen. Verlangen Sie nicht gar, daß dem Musjöh Körten auch noch die Stunden bezahlt werden, die er von wegen seiner Wilddiebereien verschläft?"

„Sie belieben zu scherzen."

„Beliebe ich gar nicht, nicht mal über den Dütje, den ich mal ordentlich abgekanzelt habe und den ich demnächst über die Grenze spedieren werde, wenn die Kanaille das Amorspielen nicht bleiben läßt. Schöner Amor, der steifpedalige Hanswurst! — Und der Suhr verdient mehr als irgend einer von den anderen?"

„Ueberstunden haben in dieser Woche noch gehabt — —"

Herbrinck las noch eine Reihe von Namen vor.

„Die alle —?"

„Bis zu zwei Mark."

„Das sind wohl alles Dragonerväter?" witzelte der Graf. „Auch rot, wie der Suhr?" trumpfte er.

„Seine politischen Anschauungen mögen verworren sein, im übrigen hat der Mann einen guten Kern und gibt zu Beschwerden keinen Anlaß."

„Nicht? Und verhetzt die andern auch nicht?"

„Nein. Das besorgen Sie leider selbst, Herr Graf."

Luckner schob seinen Sessel mit einem Ruck zurück.

„Nu wird's Tag!" polterte er. „Ich — ich —? Ich werde doch wohl noch zeigen dürfen, wer auf Timmhuisen der Herr ist?"

„Ja aber nicht mit der Reitpeitsche."

„Nu, so läuft der Hase? Nicht mal so einem dummen achtjährigen Bengel soll man eins überziehen dürfen, wenn er auf dem Miste Maulaffen feil hält, statt aufzuladen? Dem werde ich noch anders kommen."

„Das werden Sie besser nicht tun. — Den Krämer Lüttjohann haben Sie angezeigt, weil er den Leuten Schnaps verkauft hat —"

„Gewiß, und mit Fug!"

„Nein, leider nicht. Sollen die Leute die Stunde weit nach Reickendorf laufen, wenn ihnen der Krämer so viel näher wohnt?"

„Reickendorf war das nächste größere Dorf.

„Kleinetwegen bis nach Buxtehude —"

„Es ist unbillig. Die Leute sind abends müde," mahnte der Verwalter, ohne auf das protestierende Kopfschütteln des Grafen weiter zu achten. — „Den Meiereimädchen haben Sie am zweiten Weihnachtsfeiertage die Erlaubnis versagt, nach dem „Preisenkopf" zum Tanz zu gehen —"

„Ich will keine Herumtreiberinnen!"

„Wie oft wird den Mädchen ein solches Vergnügen geboten? Dreimal im Jahr. An den zweiten Feiertagen von Ostern, Pfingsten und Weihnachten."

„O, zum Jahrmarkt, zum Erntefest —"

„Gut. Ist das zu viel? Die Jugend soll nicht versauern. Fahren Sie nicht mit den Komtessen zuweilen nach Kiel oder Hamburg, um ein Theater zu besuchen? Das können die Mägde nicht, wünschen sie vielleicht auch kaum. Die Anregung, die ihrer Art mehr zusagt ist der einfache Tanz, den sie verstehen, bei dem sie lachen und das junge Blut rascher kreisen lassen können."

„Sehen Sie, das Blut erhitzen — das sagen Sie selbst!"

„Einmal frisch gejubelt, und die Arbeit geht noch mal so leicht —"

„Verschwiemelt werden sie danach. Immer wieder juchzen wollen sie, heidi, hopsasa — kennen wir. Noch was —?"

„Ich bitte um Geduld. Sie haben angeordnet, daß den Leuten kein Brennholz mehr überlassen werde —"

„Kaufen sollen sie's, kaufen, lieber Herbrinck! Bekomme ich was geschenkt?"

„Die Leute haben freie Wohnung, Anspruch auf Weide, Stroh und Heu für eine Kuh, ferner auf freies Brennmaterial — das ist in den niedrigen Löhnen mit verrechnet."

Luckner rückte nervös auf seinem Platz.

„Gut, gut! Also dementieren Sie —"

„Mehrere Leute hätten in der strengen Kälte nicht einmal heizen können, wenn ihnen nicht von Nachbarn ausgeholfen worden wäre. Das erbittert, Herr Graf."

„Ich sagte ja schon: lassen Sie weiter schleppen — meinetwegen, bis sie das ganze Gut angesteuert haben."

„Ihr Brauner hat beim Beschlagen einem der Schmiedegesellen —"

„Weiß schon, weiß schon!"

„— die Kniescheibe verletzt —"

„Kann ich dafür, wenn die Leute unvorsichtig sind?"

„Der Braune hat seine Ticken. — Der Mann hat fast ein Vierteljahr lang gelegen. Jetzt ist er hergestellt. Die Kosten von Doktor und Apotheke —"

„Ja doch! Ja! Trage ich — Kreuzdonner — geben Sie dem Tabbeck auch seine sechs nichtverdienten Mark — aber klappen Sie endlich Ihre Mappe zu! Oder sind Sie immer noch nicht zu Ende?"

„Ein paar Kleinigkeiten noch —"

Luckner lief ungeduldig um seinen Schreibtisch.

„Ordnen Sie das ganz nach Ihrer besseren Einsicht!"

Er markierte den Aufgebrachten, war aber im Grunde zufrieden, wenn er nur nicht mehr behelligt wurde

„Dienstag ist Jagd," lenkte er ab. „Richten Sie sich ein, daß Sie nicht wieder fehlen."

„Geht leider nicht. Der Frost scheint mir nicht mehr von Dauer, und da muß noch Eis gefahren werden."

„Lassen Sie mich mit dem verdammten Eis in Ruhe! Wenn Sie nicht dabei sind, fehlt mir was. Und Tönndorp und den andern auch. — Was, acht? Setzen Sie Ihre Amtsmiene ab und kommen Sie mit zum Abendbrot, Herbrinck."

„Ich bitte noch um kurzen Urlaub."

„Noch zu tun?"

„Nur ein paar Augenblicke. Dann werde ich mich beeilen."

„Na, denn man tau!" sagte Luckner lachend.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070409-14/fragment/page=0001

nahe stehenden Hamburger Nachrichten zugegeben. Der Verteidiger unterbreitet dem Gericht ferner folgende Anträge:

1. Daß die Woermann-Linie mit dem Reich vorteilhafte Verträge abgeschlossen hat, durch welche ihr hohe Frachtsätze, Entladungskosten, Lagergebühren, sogenannte Liegegelder, für Lieferung von Waren nach Südwest-Afrika zugestanden wurden, zumal jede fremde Schiffahrtskonkurrenz ausgeschlossen war;

2. daß die Woermann-Linie dem Reiche Liegegelder für in Swakopmund und Lüderitzbucht auf den Schiffen der Woermann-Linie lagernde Waren verrechnet, daß diese Liegegelder in Höhe von 1½ Millionen deshalb erreichten, weil die Woermann-Linie entgegen ihrer in einem besonderen Vertrag übernommenen Verpflichtung die nötigen Einrichtungen, Personal und Inventar, insbesondere an Leichterschiffen nicht in genügendem Umfang beschafft und deshalb die rasche Erledigung unmöglich und die Lagerung nötig gemacht hat;

3. daß die Kolonialverwaltung der auswärtigen Angelegenheiten die zu viel verrechneten Liegegelder von der Woermann-Linie im Prozeßwege und zwar von einem neuerdings vereinbarten Schiedsgericht zurückverlangt.

4. daß die Reichsverwaltung die bestehenden Verträge als unvorteilhaft für das Reich und Private gekündigt hat, daß die in den Verträgen bewilligten Gebühren, Liegegelder, Entladungsgebühren, Frachtsätze usw. außerordentlich hoch sind, und daß der Abschluß dieser Verträge nur deshalb glückte, weil Reichsbeamte dabei mitwirkten, die keine Kenntnis und Erfahrung auf dem einschlägigen Gebiet hatten;

5. daß die Höhe der Frachtsätze zu der außerordentlichen Steigerung der Preise aller Waren und Lebensmittel beigetragen haben, die in den letzten zwei Jahren in Südwest-Afrika eingetreten sind, und dadurch die Zivil- und Militärverwaltung zu leiden hatten.

Es kommt sodann zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen den gegnerischen Anwälten, weil Dr. Hauers äußerte, es wundere ihn, daß ein Hamburger Kollege die Stirn habe, mit anderen Worten hier das zu wiederholen, was der Beklagte in seinem Blatt ausgeführt habe.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten auf Grund § 187 **zu drei Monaten Gefängnis** und Urteilsublikation in den Hamburger Nachrichten und im Simplizissimus. Der Angeklagte möge wohl gedacht haben, daß ein Teil der Leser die Satire so auffassen könne, wie er sie sich gedacht habe; aber er hätte auch damit rechnen müssen, daß kein Blatt in die Hände **ungebildeter Leser** gelange, die das Bild und den Text **wörtlich nehmen**. Berechtigte Interessen habe der Beklagte nicht wahrgenommen. **Deutsche Interessen habe der Angeklagte nicht wahrgenommen, weil er Norweger sei. Eine Satire schließe nicht unter allen Umständen eine Beleidigung aus,** wie das Reichsgericht ausgeführt habe. Ein großer Teil der Leser habe **den Text und das Bild wörtlich genommen** (!) und habe geglaubt, daß Woermann Leichen zurückbehalten habe, was schwer beleidigend sei. Die Beweisanträge seien abgelehnt worden, da der Angeklagte nicht positiv behauptet habe, der Privatkläger **habe** ungewöhnlich hohe Gewinne erzielt, er habe nur von der Zurückhaltung von Leichen gesprochen. Die Höhe des Strafmaßes rechtfertige sich aus der **Gemeinheit der Beleidigung** und durch den Umstand, daß der **ganze Weder- und Kaufmannsstand Hamburgs mit getroffen sei** (!). Der Privatkläger sei aus der Verhandlung vollkommen intakt hervorgegangen. Die maßgebenden Behörden haben sich mit seiner Angelegenheit beschäftigt und keinen Anlaß gefunden, gegen Woermann vorzugehen. Es sei weder ein Strafprozeß noch ein Zivilprozeß gegen ihn eingeleitet; lediglich ein ehrengerichtliches Verfahren sei gegen ihn wegen einiger nebensächlicher Fragen anhängig.

Der weitaus größere Teil des deutschen Volkes wird über diese „Ehrenrettung" Woermanns anders denken als die Hamburger Richter und die Bourgeoisie der „freien" Stadt Hamburg.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 8. April 1907.

Ungeduldige Mietsoldaten.

„Der Mietsoldat wird ungeduldig — mit Ungestüm verlangt er seinen Lohn — Und wären wir ihm nichts mehr schuldig — er liefe ganz und gar davon." Dieses Lied kann man mit gutem Gewissen dem Herrn Reichskanzler empfehlen, um die Stimmung zu kennzeichnen, die den letzten Parteitag der Freisinnigen Vereinigung (6. und 7. April in Berlin) ganz offenbar beherrscht hat. Auch Herr Naumann, der sich im Regierungslager schon ganz behaglich eingerichtet zu haben und keine andere Aufgabe mehr zu kennen schien, als von der stolzen Höhe des Hottentottenblocks herab „gegen die Marxorthodoxie" seine Jupiterblitze zu schleudern — auch Herr Naumann entdeckte in formell meisterhafter Rede wieder sein besseres Herz, und er hätte auch nicht den Beifall geerntet, dessen er sich wirklich erfreute, hätte er nicht den gegenwärtigen Zustand als einen vorübergehenden geschildert und seine Rede in dem bejubelten Satz gipfeln lassen, der letzte Kampf des Liberalismus werde sich gegen rechts wenden, denn ein liberaler Kampf, der gegen links geführt werde — sei gar keiner. Einstweilen aber will er abwarten, ob es nicht gelinge, unter den gegenwärtigen Umständen „ein, ein" wirklich liberales Gesetz zu schaffen (möge es nun das Vereinsrecht, das Koalitionsrecht oder die Wahlkreiseinteilung betreffen), von dem man sagen könne, daß „kein konservativer Giftropfen" darin enthalten sei.

Man könnte indes immer noch im Zweifel sein, ob nicht Herr Naumann — zumal bei seiner stark entwickelten Abneigung gegen die „politisch-theoretische Desperation" einer entschiedenen Oppositionspartei — den Aufenthalt im Wartesaal der Weltgeschichte auf die Dauer als ganz behaglich empfinden würde, wenn ihm nicht sein nächster Kampfgenosse Dr. Theod. Barth in einer sachlich scharfen Abschiedsrede entgegengetreten wäre. Barth (der übrigens nicht dauernd nach Amerika übersiedeln, sondern im Herbst von dort zurückkehren will), schöpft seine Kraft nicht wie Naumann aus einer außerordentlichen Kunst des Anschauens und Darstellens, sondern — was nach unserer Meinung mehr besagen will — aus der klaren Konsequenz seines politischen Denkens, sozusagen aus dem Charakter seiner Intelligenz. Um so erstaunlicher ist es, daß gerade dieser Mann den „unfruchtbaren Doktrinarismus" der Sozialdemokratie schilt, er, der von dieser Sozialdemokratie gegen den Vorwurf seiner mehr „realpolitisch" angelegten Freunde, selber ein „unfruchtbarer Doktrinär" zu sein, so oft verteidigt worden ist. Eben diese Systematik des Denkens, die er selbst an andern unfruchtbaren Doktrinarismus nennt, verschafft ihm in der Beurteilung der gegenwärtigen Situation seine Ueberlegenheit über seinen tastenden und gefährlich experimentierenden Freund Naumann. Herrn Dr Barths Doktrinarismus zerstörte die Illusion des „Abwartens", indem er unwiderleglich nachwies, daß für einen ehrlichen Liberalismus aus den augenblicklichen Verhältnissen eben gar nichts zu erwarten sei. Die demokratische Initiative von links sei besser als Blockpolitik, in dem Mangel eines parlamentarischen Regierungssystems liege der Grund des gegenwärtigen Uebels, ja, ein parlamentarisches konservativ-klerikales Parteiregiment sei tausendmal besser als dieser verlogene Zustand!

Der stürmische Beifall, mit dem die Delegiertenversammlung diese und ähnliche treffende Aeußerungen nicht nur Barths, sondern auch Schraders, Potthoffs, v. Gerlachs und anderer begleitete, darf freilich nicht höher eingeschätzt werden, denn als Ausdruck einer momentanen Stimmung. Trotzdem — oder deshalb verdienen die Ausführungen der freisinnigen Redner sehr genau vermerkt zu werden. Man wird Gelegenheit finden, Herrn Naumann zu Zeiten daran zu erinnern, wie lange er noch auf das „eine einzige" liberale Gesetz ohne konservativen Giftropfen, wie lange er noch auf „einen einzigen freien Luftzug" in Preußen warten will. Es ist heute aber schon an der Zeit, eine grobe Ungerechtigkeit zurückzuweisen, die sich Herr Naumann zuschulden kommen ließ, indem er sich über das stellenweise Versagen sozialdemokratischer Stichwahlbeihilfe im letzten Wahlkampf beklagte. Herr Naumann, der selbst ohne sozialdemokratische Hilfe nicht in den Reichstag gelangt wäre, muß doch sehr genau wissen, daß die Sozialdemokratie vom Freisinn beider Richtungen für ständige und geschlossene Stichwahlhilfe dadurch belohnt wurde, daß der Freisinn ebenso ständig und fast ebenso geschlossen gegen die Sozialdemokratie für Männer der äußersten Rechten den Ausschlag gab. Angesichts solcher Tatsachen kann man höchstens Zweifel darüber hegen, ob nicht eine sozialdemokratische Politik der Repressalien gegenüber dem unzuverlässigen Freisinn in noch weit ausgiebigerem Maße hätte geübt werden sollen.

Denn hier ist in der Tat der springende Punkt. Daß der Freisinn am 13. Dezember mit solcher Entschiedenheit ins Lager der Regierung abschwenkte, könnte ihm noch zur Not verziehen werden, besäße er die Fähigkeit und den Willen, nach Beendigung dieses aussichtslosen Experiments mit der gleichen Entschiedenheit in das Lager der entschiedenen Opposition einzuschwenken und mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Schulter an Schulter für das zu kämpfen, was er durch treue Dienste und friedliche Unterhandlungen nicht zu erreichen vermochte. Der Freisinn hat aber, als er noch sogenannt „oppositionell" war, mit den Junkern gegen die Sozialdemokratie gekämpft, er hat selbstverständlich dasselbe getan, als er sogenannte „Regierungspartei" wurde, und er wird bei derselben Methode verharren, wenn er wieder einmal sogenannte „Opposition" spielen sollte. Darum kann auch der vorsichtige Beobachter die radikale Stimmung, die auf dem Parteitag der Freisinnigen Vereinigung herrschte, vorläufig nicht als den Ausdruck zielklaren Willens einschätzen, sondern nur als die Nervosität von Leuten, die nicht recht wissen, wohin sie wollen.

Die Kolonialbegeisterung der Agrarier

geht sofort in die Binsen, wenn sie durch die Kolonien eine Schädigung ihrer Interessen befürchten. Dafür liefert das agrarische Zentralorgan, die Deutsche Tageszeitung, einen drastischen Beweis. Das Blatt Oertels, das im Wahlkampfe so eifrig für die Kolonien eine Lanze brach, schreibt bei Besprechung einer Schrift über die Kolonialerziehung des deutschen Volkes u. a.:

Vollkommen ablehnen möchten wir aber eine vom Verfasser beliebte Begründung der Notwendigkeit der Kolonien für das Deutsche Reich. Er setzt nämlich im Anschlusse an Berechnungen des Kolonialdirektors aufeinander, daß **Deutschland auf die Einfuhr von Nahrungsstoffen zur Ernährung der Arbeiter angewiesen sei,** da die heimische Erzeugung nicht ausreichend sei, um den Gesamtbedarf zu decken. Er führt weiter aus, daß **die Landwirtschaft** am Ende des vorigen Jahrhunderts trotz des Ueberganges vom extensiven zum intensiven Betriebe nur noch ein Drittel der Gesamtbevölkerung habe aufnehmen können. Das sind zwei verhängnisvolle Irrtümer. **Die deutsche Landwirtschaft ist nachgewiesenermaßen noch auf lange Zeit in der Lage, den Gesamtbedarf des Landes an Nahrungsstoffen zu decken.** Die deutsche Landwirtschaft könnte ferner recht wohl einen weit größeren Teil der Gesamtbevölkerung beschäftigen, wenn sie nicht durch die Abwanderung der Massen in die großen Städte und zur Industrie gezwungen würde, sich ausländischer Arbeitskräfte zu bedienen. Das ist so bekannt, daß es füglich den Eindruck der Weltfremdheit macht, wenn allen Ernstes gesagt wird, die Landwirtschaft sei nicht imstande gewesen, dem Bevölkerungszuwachse Beschäftigung zu bieten. Derartige handgreifliche Irrtümer weiter zu verbreiten, dazu darf die Heeresverwaltung nicht die Hand bieten. Unsere koloniale Verwaltung wird aber gut daran tun, wenn sie alles vermeidet, um solchen Irrtümres Vorschub zu leisten."

Man muß staunen, mit welcher Unverfrorenheit hier Tatsachen geleugnet werden, die längst anerkannt sind, und Dinge behauptet werden, deren Unrichtigkeit feststeht. Naumstößlich feststeht nämlich, daß Deutschland schon lange nicht mehr imstande ist, die zur Ernährung der Gesamtbevölkerung erforderlichen Nahrungsmittel selbst zu produzieren. Das Agrarierorgan hätte nur einen Blick in die offizielle Reichsstatistik zu tun brauchen, um sich davon zu überzeugen. Seit vielen Jahren beträgt die Einfuhr an Nahrungs- und Genußmitteln **weit über das Doppelte der Ausfuhr,** in einzelnen Jahren nahezu das Dreifache. Aber das Agrarierblatt will das einfach nicht wissen, weil es kein schlimmeres Verdammungsurteil für die agrarische Wuchorpolitik gibt als diese Zahlen. Die Agrarier lassen sich auch die lotspielerische Kolonialpolitik gefallen, die ja nicht sie, sondern die Volksmassen bezahlen müssen. Wenn aber die Kolonien als Konkurrenten der deutschen Agrarier auch nur entfernt am Horizont erscheinen, dann ist die Kolonialfreundlichkeit der begeisterten Herren dahin.

Der Kolonialprophet und seine Preßsklaven.

Herr Dernburg, der Kolonialzauberkünstler, wird auf seiner Rundreise im gelobten Lande Afrika, wie Berliner Blätter behaupten, von einem ganzen Stab von Journalisten begleitet werden. Die Liberale Korrespondenz allerdings behauptet, daß der Kolonialdirektor eine solche starke Beteiligung von Männern der Presse keineswegs gewünscht, geschweige die Presse hierzu ermutigt habe. Es werde versichert, daß der Pressedezernet in der Kolonialabteilung im Auftrage des Kolonialdirektors alles getan habe, um den Zeitpunkt der Abreise und die näheren Details möglichst im Dunkeln zu halten. „Gegenüber der von den Korrespondenten der einzelnen Blätter entwickelten Energie" blieben jedoch alle Bemühungen, die Vorbereitungen zur Reise unauffällig zu treffen, fruchtlos. Uebrigens sollen Vorkehrungen getroffen sein, um auf der Reise zwischen dem Staatssekretär und den Vertretern der Presse einen gewissen „Abstand" zu wahren. Es soll auf diese Weise der rein private Charakter der Reise der Pressevertreter noch besonders gekennzeichnet werden."

Die Freis. Ztg. bemerkt, es werde sich ja bald herausstellen, welche Zeitungen so „würdelos" gewesen sind, sich in solcher Weise an den Kolonialdirektor heranzudrängen. Weshalb denn „würdelos"? Der Dernburg selbst ist doch seit dem 13. Dezember v. J. immer so stolz darauf gewesen, sich der „Sympathie aller nationalen Elemente" rühmen zu können. Er hat sich lärmender, demonstrativer Sympathiekundgebungen von seiten dieser Elemente zu erfreuen gehabt, gleich wie Fürst Bülow und der Kaiser. „Mehr Volk, viel mehr Volk, Volksmassen, so weit das Auge reicht," will der Kaiser auf dem Balkon der „politischen Kundgebung" vor dem Berliner Schlosse in der Nacht am 5. Februar, das Professor Starbing entworfen hat. Volk, mehr Volk! Und da will man zimperlich tun, daß Journalisten um Dernburg auf der patriotischen Afrikareise einen Stab bilden, um seinen und seiner Kolonialpolitik Ruhm aller Welt zu verkünden?! Oder fürchtet Herr Dernburg etwa, daß den Journalisten auf der afrikanischen Tour zu viel von ihrem Glauben an Dernburgsche Kolonialphantasien verloren gehen könnte?

Eine große Heldentat hat die Polizei der badischen „liberalen Musterländler" gegen den anarchistelnden Schwärmer Dr. Friedeberg fertig gebracht. Derselbe wurde, wie wir bereits meldeten, im Anschluß an den „Kongreß" der Anarchisten in Mannheim verhaftet und bis Donnerstag in Haft gehalten. Eine angebotene Kaution wurde abgelehnt. Dr. Friedeberg wurde zwangsweise photographiert und bei seinem Transport an eine Kette geschlossen. — Es scheint, als ob man der herzlich unbedeutenden anarchistischen Bewegung in Deutschland mit Gewalt eine große Bedeutung geben will, um den deutschen Spießern geruhsam zu machen und den Scharfmachern Anlaß zu gehen, Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter zu fordern.

Der Zuhälter als Vertrauensmann der Polizei. Vor der Strafkammer in Köln stand der Kutscher Orgeich unter der Anklage der Zuhälterei. Er wurde, weil er eine Prostituierte ausgenutzt hat, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Kriminalschutzmann bekundete als Zeuge, daß Orgeich der Sittenpolizei stets **gute Dienste als Vertrauensmann** geleistet habe.

Aus Dernburgs Dattelparadiese. Im Organe der deutschen Kolonialgesellschaft findet sich ein Brief aus Windhuk, in dem folgendes nette Bild von der „Blüte" unserer südwestafrikanischen Kolonien entworfen wird:

„Mit dem Viehstande ist es recht gut bestellt. Aber außerordentlich betrübend sieht es mit Wasser und Weide aus. Zwar hatte die Regenzeit gut eingesetzt, und das Gras war gut aufgegangen, aber plötzlich erschienen ungeheure Mengen von Heuschrecken, wie sie seit vielen Jahren nicht mehr beobachtet worden waren, und große Strecken sind, wie mit einer Decke, von der jungen Brut bedeckt, so daß die Weide vollständig vernichtet ist. Außerdem ist der Regen seit Wochen ausgeblieben und die Regenzeit geht bald zu Ende. Wir müssen auf ein schlimmes Jahr für die Farmwirtschaft gefaßt sein. Ebenso stark haben die Kleinsiedlungen gelitten. In Klein-Windhuk hat zuerst der Frost ein Drittel bis zur Hälfte der Weinernte vernichtet. Jetzt sind nun auch dort die Heuschrecken eingefallen, gegen deren Andrang wir ziemlich machtlos sind. Sie haben alle Kartoffeln und alles Gemüse verzehrt und zum Teil bis auf den Stumpf abgefressen. Auch in Okona ist die ganze Ernte dahin."

In Südwestafrika starb der Gefreite Junior aus Lich an Herzschwäche und Ruhr.

Soldatenselbstmord. In Alzey wurde der Musketier Herbert vom Infanterieregiment Nr. 117 erschossen aufgefunden. Der Unglückliche hatte Urlaub, zog aber den Tod der Rückkehr in die gestrichen Räume der Kaserne vor.

Ausland.

Frankreich. Der Patriotismus der Besitzenden hat, wie überall, so auch in Frankreich ein Ende, wenn an den Geldbeutel appelliert wird, besonders wenn es sich darum handelt, Steuern zu zahlen. Der jetzige Finanzminister Caillaux macht den Versuch, eine Reform der Einkommensteuer durchzusetzen. Darüber große Entrüstung der besitzenden Klassen. Der Pariser Korrespondent der Voß. Ztg. berichtet darüber:

„Die bedrohten Klassen rüsten sich auf verschiedene Weise zur Abwehr. Die Pariser Handelskammer hat bereits gegen die Bestimmung Einspruch erhoben, daß den Behörden gestattet werden soll, in die Geschäftsbücher Einsicht zu nehmen. Die Aerzte stellen die Erörterung der Einkommensteuerfrage als ersten Punkt auf die Tagesordnung des Kongresses, den sie im Laufe des April abhalten. Die Rentner entledigen sich schleunigst ihrer Staatsrente und schicken ihr Geld und ihre ausländischen Wertpapiere zur Aufbewahrung oder als Einlage in fremde Banken, namentlich der Schweiz und Belgiens, die den französischen Kunden große Erleichterungen und Bequemlichkeiten gewähren. Es laufen Schätzungen der Beträge um, die über die Grenze gegangen sind — sie schwanken zwischen Hunderten Millionen und einigen Milliarden. Sie haben keinen Wert, da sie offenbar willkürlich sind. Aber jedenfalls haben die Finanzleute, die großen Banken und die Börse den Eindruck, daß, seit Herr Caillaux seinen Gesetzentwurf eingebracht hat, ein ununterbrochener Auszug von Wertpapieren und Kapitalien aus Frankreich stattfindet. Herr Caillaux steht und fällt mit seiner Vorlage. Voraussichtlich wird er mit ihr fallen. Das hat Herrn Clemenceau neulich den betrübten Ausspruch tun lassen: „Jedes Ministerium, das einen Einkommensteuerentwurf einbringt, muß fallen. Aber freilich — jedes Ministerium, das keinen einbringt, muß auch fallen . . ."

So sieht es mit dem „Patriotismus" der Besitzenden in Frankreich aus. Und nicht nur dort. Sie lassen es sich gern gefallen, wenn der Staat ihnen Gelegenheit gibt, hübsche Zinsensummen einzuheimsen, aber den hohen Einnahmen entsprechend Steuern zahlen, wollen sie nicht; da hört für sie die Gemütlichkeit auf. Das Steuerzahlen überlassen sie — „selbstlos" wie sie einmal sind — gern den ärmeren Volksklassen.

Zur Revolution in Rußland.

Spitzbüberei en gros. Zu dem Dumaabgeordneten Dr. Gorbunow kamen vor einigen Tagen drei Abgesandte von der Gemeinde Nattschek im Terek-Gebiet (Kaukasus) und erzählten ihm folgende, kaum glaubliche Geschichte: Seit einer langen Reihe von Jahren hat die Gemeinde von der Regierung 100 000 Deßjätinnes Land in Pacht, zahlt regelmäßig den Pachtzins, nun stellt es sich aber heraus, daß diese 100 000 Deßjätines im Verzeichnis des zur Besäumung geeigneten Landes nicht enthalten sind, so daß es völlig unbekannt bleibt, wohin der gewaltige Pachtzins — 9 Rubel pro Deßjätine — fließt! Dr. Gorbunow will nun in der Budgetkommission zur Sprache bringen, in wessen Tasche diese jährliche Summe von 1½ Millionen Rubel stecken bleibt und ob der Herr Finanzminister von dieser rätselhaften Geschichte Kenntnis hat.

Beförderung eines Rigaer Folterknechtes. Der Chef des Rigaer Inquisitionsmuseums Gregus, der einen zweimonatlichen Urlaub erhalten haben sollte, befindet sich in Petersburg. Er war überhaupt nicht beurlaubt, sondern wurde zur Petersburger Schutzabteilung abkommandiert, wo ihm die Funktionen eines Beamten für besondere Aufträge zugewiesen wurden. An seine Stelle wird nach Riga der berühmte Gendarmerieirittmeister Kommissarow entsandt werden.

Unter den Studenten herrscht wieder große Gärung. Die Regierung ließ die Universität in Moskau schließen, die von Petersburg und Kiew werden polizeilich bewacht, um die Studenten zu verhindern, Versammlungen in den Hörsälen abzuhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190704 09-14/fragment/page=0002

Parteinachrichten.

— **Der Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands** fand während der Osterfeiertage unter Anwesenheit von 177 Delegierten in Harlem statt. Dieser Parteitag ist als Marksteine in der Geschichte der holländischen Parteibewegung zu verzeichnen, denn er hat die Einigung der beiden Parteirichtungen Marxisten und Revisionisten gebracht, wobei die ersteren, obgleich an Zahl der schwächere Teil, doch den Sieg davontrugen. In einem 3½stündigen Referate über die Taktikfrage ging Genosse Dr. H. Gorter mit den Revisionisten, der sog. Kammerfraktion, scharf ins Gericht. Zwar erkennte er die Berechtigung des Revisionismus z. B. in der Agrarfrage an, aber auf der andern Seite mache er der bürgerlichen Gesellschaft zu große Konzessionen, wie Redner an verschiedenen Beispielen nachwies. Redner warnte mit Recht vor einem Abschwenken nach rechts, ersucht vielmehr, die Taktik der Marxisten, die auf dem Standpunkte des Programms stehen, anzunehmen. Der Korreferent war der Führer der Revisionisten, Genosse Troelstra, der ebenfalls in mehrstündigen Ausführungen die Ausführungen des Gegenredners zu entkräften versuchte, aber am Schlusse doch zugestehen mußte, daß zum gedeihlichen Fortschreiten der Partei und zur Erringung unserer Ziele eine einheitliche Taktik unumgänglich nötig sei. Schließlich wurden zwei die Einigung der beiden Richtungen aussprechenden Resolutionen angenommen. Die Marxisten kamen der Einigung noch ein Stück weiter entgegen, indem Genosse van der Goes erklärte, daß er seine angekündigte Broschüre gegen die die Parteidifferenzen erst wachgerufene Broschüre Troelstras nicht in der Oeffentlichkeit erscheinen lassen werde, um jeden neuen Streit zu vermeiden. Er werde nur 30 Exemplare dieser Broschüre an die leitenden Institute zur Information senden. Daraufhin erklärte Troelstra, er wolle in der Nieuwe Tijd (der marxistischen Zeitschrift) die nötigen Ergänzungen auf seine eigene Broschüre veröffentlichen, wenn er sich durch das Tatsachenmaterial des Genossen van der Goes davon überzeugt habe, daß er sich in irgend einem Punkte geirrt habe. Schließlich wurde noch ein Antrag angenommen, nach dem die Taktikresolution der Urabstimmung der Parteigenossen unterworfen wird. Nachdem dann noch der andere weniger wichtige geschäftliche Teil erledigt war, wurde der Parteitag unter dem gemeinsamen Gesange des Freiheitsliedes geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Der Verbandstag der Portefeuiller und Ledergalanteriearbeiter tagte vergangene Woche in Berlin im Gewerkschaftshause, zu dem auch die organisierten Zwischenmeister zwei Vertreter entsandt hatten. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl auf 3520 männliche und 457 weibliche gestiegen ist, die sich auf 30 Zahlstellen verteilen. Von im ganzen Berufe tätigen 5500 Personen sind also 3977 im Verband organisiert, außerdem gehören 150 dem Buchbinderverband, 150 der christlichen Gewerkschaft und 100 dem Sattlerverbande an. Die in den letzten drei Jahren durchgeführten Lohnbewegungen haben durchgängig ein günstiges Ergebnis für die Arbeiter gehabt. Die Einnahme der letzten drei Jahre betrug 164 002.83 Mk., die Ausgabe 66 091.48 Mk. Der Vermögensbestand beträgt 97 910.90 Mk. Das Verbandsorgan erscheint jetzt in 44 00 Exemplaren. Der Beitrag wurde für männliche Mitglieder von 30 auf 45 Pfg., für weibliche von 15 auf 20 Pfg. pro Woche erhöht. Zum weiteren allgemeinen Ausbau der einheitlichen Tarifverträge soll in der nächsten Zeit der Verbandsvorstand die geeigneten Schritte tun, da die bisher erreichten Resultate in dieser Beziehung noch zu wünschen übrig lassen.

Um die Agitation unter den noch Unorganisierten besser führen zu können, sollen geeignete Broschüren herausgegeben werden, außerdem erhalten die weiblichen Mitglieder zur besseren Aufklärung die Gleichheit unentgeltlich zugestellt. Bei Uebertritt aus andern Gewerkschaften werden die dort geleisteten Beiträge angerechnet. Der Verschmelzung mit dem Sattlerverband wurde im Prinzip zugestimmt. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, die Schritte zur Verschmelzung in die Wege zu leiten und mit dem Vorstand des Sattlerverbandes diesbezüglich Fühlung zu nehmen. Ebenso wurde der Beitritt zur internationalen Vereinigung der Sattler einstimmig beschlossen. — Zum internationalen Kongreß wurde der Vorsitzende delegiert, ebenso wurden zum deutschen Gewerkschaftskongreß im Jahre 1908 zwei Delegierte gewählt.

Die Unterstützungssätze bei Arbeitslosigkeit und Krankheit wurden bedeutend erhöht, außerdem wurde eine Sterbe-Unterstützung und eine Uebersiedelungsbeihilfe eingeführt. Das Eintrittsgeld wurde von 30 auf 50 Pfg. für männliche, von 20 auf 25 Pfg. für weibliche Mitglieder erhöht. Anderseits wurde die Streikunterstützung erhöht, und zwar für männliche ledige Mitglieder von 9 auf 12 Mk., für verheiratete von 12 auf 15 Mark, für weibliche von 6 auf 7 Mk. Für jedes Kind wird 1 Mk. pro Woche gezahlt. Die erhöhten Beiträge werden ab 1. Juli d. J., die erhöhten Unterstützungssätze ab 1. Oktober dieses Jahres bezahlt. Dem Holzarbeiterverband als Sympathiebezeugung für den Kampf mit dem Unternehmertum 1000 Mark zu überweisen, wurde dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Dann folgte noch die Wahl der Verbandsfunktionäre und die Festsetzung deren Gehälter. Als Vorsitzender und Redakteur wurde Hermann Weinschild-Offenbach wieder-, als Kassierer Johann Busch gewählt. Der nächste Verbandstag soll in Offenbach abgehalten werden.

Zur Tischler-Aussperrung. Seit zwölf Wochen wütet nun die Aussperrung in der Holzindustrie, die von den Unternehmern eingestandenermaßen nur unternommen wurde, um den Deutschen Holzarbeiterverband zu vernichten. Am 12. Januar nahm der Kampf in Berlin seinen Anfang, er dehnte sich bald auf Kiel und Burg aus, wo die Unternehmer unter Vertragsbruch aussperrten. Am 1. April trat eine weitere Verschärfung des Kampfes ein, indem an diesem Zeitpunkt die im Schutzverband für die Holzindustrie organisierten Unternehmer in Leipzig, Dresden, Görlitz und Halle aussperrten. Wenn man den Unternehmerführern und der Unternehmerpresse glauben will, so ist es dem Schutzverband diesmal ein leichtes, den Holzarbeiterverband schachmatt zu setzen. Daß es aber mit den starken Männern in der Holzindustrie gar nicht so gut steht, daß sie recht viel Sorgen um den Ausgang dieses Kampfes haben, das zeigt folgendes vertrauliche Rundschreiben einer der beteiligten Unternehmer-Organisationen, das der Redaktion der Holzarbeiterzeitung ein günstiger Wind zugeweht hat:

Rheinisch-Westfälischer Arbeitgeberbund für das Holzgewerbe,
Ortsgruppe Bochum.

Bochum, den 30. März 1907.

Vertraulich!

Wie Ihnen bekannt geworden, herrscht seit Mitte Januar dieses Jahres in unserem Gewerbe ein erbitterter Lohnkampf, welchen wegen der unerfüllbaren Bedingungen des Holzarbeiterverbandes noch nicht beendigt werden konnte. Die Verhandlungen mit den christlichen Gewerkschaften und dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein haben zu einem günstigen Verlauf geführt. Der Hauptkampf spielt sich in Berlin ab, woselbst seit Januar d. J. 12 000 Tischlergesellen ausgesperrt sind. Im Anschluß hieran ist der Streik auch in folgenden Städten ausgebrochen, wie zum Beispiel Dresden, Burg b. Magdeburg, Halle, Weißenfels, Görlitz, Guben, Oldenburg, Barmen, Spandau, Kiel, Leipzig. In diesen letztgenannten Städten sind die Verhandlungen ebenfalls an dem Beharren des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes bei den unerfüllbaren Forderungen gescheitert und werden, wenn bis zum 1. April d. J. die Verhandlungen zu einem günstigen Abschluß nicht gebracht sind, welches unzweifelhaft eintreten wird, im ganzen weitere 18 000 Gehilfen ausgesperrt, so das am 1. April 30 000 Gehilfen ausgesperrt sein werden. In diesem Lohnkampf handelt es sich nur lediglich um eine Machtprobe des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes. Der Kampf mit diesem Verband muß erfolgreich sein, da sonst der Arbeitgeber in seiner eigenen Werkstatt überhaupt nichts mehr zu sagen hat. Es handelt sich nicht mehr um Erhöhung der Löhne, denn seitens des Arbeitgebers ist in diesem Punkte das weiteste Entgegenkommen gezeigt worden. Die Führer der Sozialdemokraten fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit, die in Berlin auf den achtstündigen Arbeitstag hinauslaufen würde. Außerdem weigern sie sich, Verträge zu schließen, die in allen Städten an einem Tage ablaufen würden. Durch die Absicht des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die bisher geübte Praxis, die Verträge in den verschiedenen Städten an verschiedenen Terminen ablaufen zu lassen, bleibt der Verband imstande, die Arbeitgeber einzeln abzuschlachten.

Nachdem nun der Vorstand der Zentrale für Unterstützungen an die Arbeitgeber verbraucht ist und die von dem Ortsverband Berlin aufgebrachte Summe von 500 000 Mk. zur Neige geht, ist es erforderlich, um den Kampf mit dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband siegreich zu Ende zu führen, daß für neue Mittel gesorgt wird. Zur Fortführung und erfolgreichen Beendigung des Streiks ist noch mindestens eine Summe von 150 000 bis 200 000 Mk. erforderlich. Die Zentralverwaltung ersucht nun die Ortsverbände diese Summe durch freiwillige Gaben zu decken, und gibt uns anheim, auch die Großindustrie um Beiträge zu bitten, da dieselbe doch von der erfolgreichen Durchführung des Streiks unmittelbar Nutzen habe. Auf diese Werbungen sind bereits in Köln und Düsseldorf zusammen mehr als 12 000 Mk. gezeichnet und abgeführt worden. Ein entsprechendes Rundschreiben an die Großindustrie ist seitens des Vorstandes des Ortsverbandes abgesandt worden. Die Zeichnung von freiwilligen Gaben seitens der Mitglieder ist dringend notwendig.

Wir bitten daher um umgehende gefl. Mitteilung, ob Sie zur Zeichnung eines freiwilligen Beitrags bereit sind. Der kleinste Beitrag wird dankend angenommen. Die Mitteilungen über eventuelle Zeichnungen von Beiträgen nimmt der Vorstand entgegen; die Namen und Beiträge der Zeichner werden durch unser amtliches Organ Die Fachzeitung der deutschen Tischlermeister bekannt gegeben. Indem auf recht zahlreiche Beteiligung gehofft wird, zeichnet

Mit kollegialischem Gruß
Der Vorstand.
W. Bürger, Vorsitzender.

Das Schriftstück ist in vieler Hinsicht interessant; zunächst fesselt uns die durchaus wahrheitswidrige Schilderung der Veranlassung zu diesem Kampfe und der Entwicklung desselben. Nicht die „unerfüllbaren Forderungen" der Arbeiter gaben den Anlaß zur Aussperrung, sondern der Machtdünkel der Unternehmer, die jetzt eine billige Gelegenheit zu haben glaubten, um einer verhaßten Arbeiter-Organisation das Lebenslicht auszublasen.

In Berlin hatten die Holzarbeiter überhaupt keine Forderungen gestellt, sondern sie erklärten sich bereit, unter den bisherigen Arbeitsbedingungen weiter zu arbeiten, allerdings ohne Vertrag. Als die Unternehmer dann auf Abschluß eines dreijährigen Vertrags drangen, forderten die Arbeiter eine Erhöhung des Wochenabschlags von 24 auf 27 Mk. und entsprechende Lohnerhöhungen, ferner eine Verkürzung der seit 1896 52stündigen wöchentlichen Arbeitszeit um zwei Stunden. Die Unternehmer zeigten auf diese Forderungen kaum irgendwelche Entgegenkommen, verlangten die Verlängerung des alten Vertrags auf drei Jahre und sperrten, als die Arbeiter darauf nicht eingingen, am 12. Januar aus.

Wenige Wochen später dehnte sich die Aussperrung auf Kiel und Burg aus, wo die Unternehmer die Arbeiter vertragsbrüchigerweise in den Kampf trieben, um sie zur Anerkennung eines scharfmacherischen Arbeitsnachweises respektive eines verschlechterten Tarifs zu zwingen. Am 1. April endlich wurden die Holzarbeiter in Leipzig, Dresden, Görlitz und Halle ausgesperrt, nicht weil sie „unerfüllbare Forderungen" stellten, sondern weil die Vernichtungsaktion des Schutzverbandes gegen den Holzarbeiterverband das erforderlich machte. Sind doch hier wie in allen an der Aussperrung beteiligten Städten die mit dem Holzarbeiterverband abgeschlossenen Verträge vom Schutzverband gekündigt worden. In allen diesen Städten wollten die Arbeiter wie in Berlin unter den bisherigen Arbeitsbedingungen weiter arbeiten. Als auch hier der Abschluß eines dreijährigen Vertrags von den Unternehmern gefordert wurde, scheiterten die Vertragsverhandlungen nicht infolge der „unerfüllbaren Forderungen" der Arbeiter — denn die Unternehmer konnten tatsächlich gegen die verschiedenen Forderungen der Arbeiter ernstliche Einwendungen nicht machen —, sondern infolge der vom Schutzverband ausgegebenen Parole, unter allen Umständen auszusperren. In Oldenburg läuft übrigens der Vertrag erst am 21. April, in Guben erst am 1. Mai ab. Man kann sich nicht gut weiter von der Wahrheit entfernen, wie es die Unternehmer in ihrem oben wiedergegebenen vertraulichen Schreiben getan haben.

Durchaus falsch sind auch die zahlenmäßigen Angaben über den Umfang der Aussperrung. In Berlin sind zurzeit nicht 12 000 sondern 5170 Arbeiter ausgesperrt, mit den Boycotten zusammen 5734; allerdings betrug die Zahl der Ausgesperrten anfangs Februar, als der Berliner Kampf seinen Höhepunkt erreicht hatte, rund 10 000. In Kiel sind 371, in Burg 130, in Halle 125, in Leipzig 834, in Dresden 249, in Görlitz eher weniger und in Barmen 50 Arbeiter ausgesperrt. Die Zahl der insgesamt ausgesperrten Holzarbeiter übersteigt also zurzeit keineswegs 8000 — und die Unternehmer reden von 30 000.

Richtig sind an dem Rundschreiben wohl nur die Angaben über den finanziellen Zusammenbruch des Schutzverbandes für die Holzindustrie, der Scharfmacherorganisation. Man höre: der Schutzverband hat jetzt schon sein ganzes Vermögen und dazu Anleihegelder im Betrage von 500 000 Mark aufgebraucht, und er muß jetzt bei allen Scharfmacherverbänden den Bettelsack schwingen — nach Aeußerungen seiner Führer in Dresden braucht er noch rund eine Million —, um die Aussperrungswütigen Unternehmer vor dem Bankerott zu retten.

Vor Tische las man's anders. Da erklärte Herr Rabardt, der Leiter des Schutzverbandes, in einer Versammlung in Berlin, selbst wenn der Holzarbeiterverband große Tarifeien bei andern Verbänden aufnehme, wäre der Kampf in sechs Wochen zu Ende. Und vor sie Wochen versicherten die Unternehmer in den Schutzverbandsversammlungen in Dresden und Leipzig auf Ehre und Gewissen, der Holzarbeiterverband habe 800 000 Mk. Schulden. Tatsächlich hat der Holzarbeiterverband diesen Kampf, der schon zwölf Wochen währt und 1 800 000 Mk. Kosten verursacht hat, aus eigenen Kräften führen können, und er hat, wie jeder Unternehmer bei dem Bankrottmi des Verbandes eintragen kann, noch soviel Kapitalien zur Verfügung, um diesen Kampf auch weiter aus eigenen Mitteln zu führen. Allerdings war das nur möglich infolge der großen Opferwilligkeit seiner Mitglieder. Aber freudig und wie selbstverständlich haben die Holzarbeiter sich freiwillig große Opfer auferlegt, um nicht nur jetzt die nötigen Mittel zur Führung des Kampfes aufzubringen, sondern auch über diesen Kampf hinaus den Verband finanziell zu erhalten. Und die deutschen Holzarbeiter werden auch weiter ihr Aeußerstes tun, um diesen ihnen von den Unternehmern frivol aufgenötigten Kampf siegreich durchzuführen.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 6. April.

Vorsitzender: Landgerichts-Direktor Reuter; Ankläger: Staatsanwalt Alsleben.

Wegen widernatürlicher Unzucht hatte sich ein krankhaft veranlagter 16jähriger Dienstknecht aus Petzen zu verantworten. Er wurde bedingt zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Schöffengericht.

Hinter verschlossenen Türen wurde verhandelt gegen eine hiesige Schankwirtin und deren Tochter, einer verehelichten Malerfrau und Schneiderin, wegen Kuppelei bezw. Beihilfe dazu. Beide Angeklagte sollen seit dem Jahre 1905 bewerksstelligt haben, daß Gäste mit Kellnerinnen verkehren konnten rc. Das Gericht kam jedoch nach ausgedehnter Beweisaufnahme zur Freisprechung beider Angeklagten.

Wegen Gewerbevergehens hatte ein hiesiger Würstchenhändler ein Strafmandat über 20 Mk. erhalten, weil er am Abend des 19. Februar ohne Polizeierlaubnis in einem Torweg Würstchen an Studenten verkauft hatte. Auf beantragte gerichtliche Entscheidung ermäßigte das Gericht die Strafe auf sechs Mark.

Eigentumsvergehen. Wegen schweren Diebstahls war ein 19jähriger Schlosser aus Ammendorf angeklagt, der Anfang d. Js. einem Arbeiter aus dem verschlossenen Koffer einen Geldbetrag von etwa 2.— Mk. und ein Paar Strümpfe weggenommen hat. Es handelte sich um schweren Diebstahl und zwar um zwei Fälle und mußte auf die niedrigst zulässige Strafe von drei Monaten und einen Tag Gefängnis erkannt werden. Die Strafe wurde aber bedingt ausgesprochen. — Weil ein Arbeiter seinen Schlafkameraden einen Anzug weggenommen hat, wurde der Täter zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. — Ein 14jähriger Knabe wurde mit einer Woche Gefängnis und sein Komplize mit einem Verweise bestraft. Beide hatten am 4. Oktober v. Js. aus dem Schuppen der Ziegelei in Nietleben zwei Arbeitern die Taschenuhren weggenommen.

Als blinder Passagier war am Abend des 5. Januar ein hiesiger Maurer auf der Elektrischen gefahren. Als er aufgefordert wurde, einen Zehner in das damalige Kästchen zu tun, entgegnete er, „ach was, ich habe schon so oft bezahlt, ich fahre alle Abende, heute fahre ich eben für umsonst." Der Angeklagte hat sich um den Zehner viel Unannehmlichkeiten bereitet. Er erhielt eine Anklage wegen Betruges, erschien zur ersten Verhandlung betrunken, wurde deshalb zwei Tage eingesperrt und nun noch verurteilt, sechs Mark zu bezahlen.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Fröhlich in Halle.

Hohenlohesches **Hafermehl**

Kinder, die Milch allein nicht vertragen, an Erbrechen, Durchfall oder englischer Krankheit leiden, gedeihen vorzüglich, sobald der Milch Hohenlohe'sches Hafermehl zugesetzt wird.

Dienstag ▫ Mittwoch ▫ Donnerstag

erhält jeder Käufer bei Vorzeigung nebenstehenden Gutscheins

1 Paket mit 20 Feueranzündern gratis!

Dies Inserat ist auszuschneiden und mitzubringen.

Diese Feueranzünder werden an Kinder nicht verteilt.

Gratis-Bons gültig im Kaufhaus

Auf 1 Paket **Waldluft** Feueranzünder.

H. Elkan

Leipzigerstrasse 87.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190704 09-14/fragment/page=0003

An alle Holzarbeiter von Halle u. Umgeg.

Dienstag d. 9. April abends 8 Uhr im Konzerthaus, Karlstraße 14
grosse, allgemeine, öffentliche

Holzarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung:
1. **Die Machtprobe des Arbeitgeber-Verbandes und die Zukunft unserer Lohnbewegungen.** Referent: Kollege **Anz. Thielemann, Gauvorsteher** aus **Chemnitz.**
2. **Der Stand der Aussperrung in Halle a. S.**

Kollegen, werbe und agitiere jeder für diese Versammlung und fehle niemand. **Auch die Frauen unserer Kollegen werden ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen, um ihnen einen Einblick in die Pläne der Scharfmacher zu ermöglichen.**

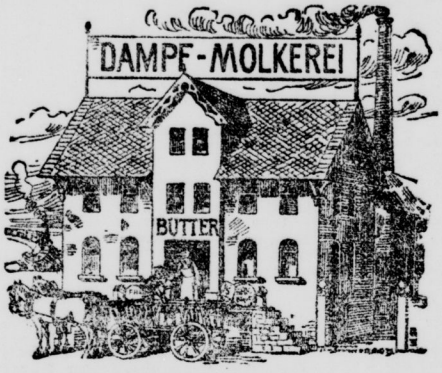
Der Einberufer.

Achtung! Schneider. Achtung!

Morgen Dienstag abend 8½ Uhr in Kautzsch's Restaurant, Martinsberg 6

öffentl. Schneider- u. Schneiderinnen-Versammlung.

Tagesordnung: **Unsere Aussperrung.** Ref.: **A. Weickers,** Leipzig.
Zahlreichem Besuch sieht entgegen **Der Vorstand.**



Reine gute Molkerei-Butter Pfund **110** Pf.

Feinste Alpen-Limburger-Käse Pfund **40** Pf.

F. H. Krause

Gr. Ulrichstr. 44.	Thomasiusstr. 40.
Leipzigerstr. 16.	Steinweg 24.
Alter Markt 18.	Bernburgerstr. 16.
Gr. Steinstr. 39.	Burgstrasse 7.
Landsbergerstr. 10.	Reilstrasse 111.

Fussbodenlack,
Firniss, Terpentinöl, Sikkativ
sowie alle andern trocknen Farben und Leim
in besten Qualitäten und billigsten Preisen, empfiehlt
Allgemeiner Konsumverein Halle a. S.

Empfehle mich höflichst zum
Schulanfang
Max Morgner, Halle a. S.
Advokatenweg 21, Ecke Triftstraße.
Buch- und Papierhandlung, Buchbinderei.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum, meinen werten Nachbarn und Bekannten hierdurch zur gefl. Nachricht, daß ich am Donnerstag, den 11. April cr. mein Viktualiengeschäft und Vorkosthalle, verbunden mit Hausschlachten, von Nannischstr. 11 nach

5. Vereinsstrasse Nr. 13

verlege und bitte ergebenst, das mir bisher geschenkte Wohlwollen auch fernerhin erhalten zu wollen.

Hochachtungsvoll **Franz Hanf.**
Telephon 1686.

Ammendorf. Geschäfts-Abgabe.

Teile meiner verehrten Kundschaft und Freunden ergebenst mit, daß ich mein Geschäft mit dem heutigen Tage an Herrn **Otto Ehrhardt** übertragen habe. Für das mir entgegengebrachte Vertrauen sage ich meinen verbindlichsten Dank und bitte, selbiges auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll **Otto Lorenz.**

Auf Obiges bezugnehmend, einem geehrten Publikum, sowie meiner werten Nachbarschaft und Freunden zur gefälligen Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage das von Herrn **Otto Lorenz** innegehabte **Viktualien Geschäft mit Hausschlachten** übernommen habe. Ich werde bemüht sein, das Geschäft in demselben Sinne weiterzuführen und mir das Vertrauen meiner werten Kundschaft zu erhalten.

Hochachtungsvoll **Otto Ehrhardt.**
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Papier- u. Pappenabfälle kaufen jeden Posten **Kl. Brauhausstr. 20.**

Krawatten,
zurückgesetzt, sehr billig, von 10 Pf. an bis 1 Mk.
F. C. Siebert, Leipzigerstrasse 9.

Neu eröffnet
ist die
Viktualien-Handlung
Triftstrasse 2.
Mittwoch: Erstes
Schlachte-Fest.

Schleiferei
jeder Art.
Reparaturen täglich.
K. Preuss,
Gr. Ulrichstr. 2.

Zeitz.
Fahrräder, Nähmaschinen, Zubehörteile.
E. Schneider, Kalkstr. 4—5.

Tüchtige Gussputzer
stellen ein
Magdeburg & Werther.

Stadt-Theater in Halle.

Direktion: M. Richards.
Dienstag den 9. April 1907:
Anfang 8 Uhr.
5. Sonder-Vorstellung bei gänzlich aufgehob. Abonn.
Gastspiel Walter Soomer.
Verstärktes Orchester (72 Musiker)
Neue Ausstattung.
Novität! Novität!
Zum 1. Male:
Salome.
Drama in einem Aufzuge nach Oskar Wildes gleichnamiger Dichtung in deutscher Uebersetzung von Hedwig Lachmann.
Musik von Richard Strauß.
(Ohne Ouverture.)
Anfang 8 Uhr.
Ende vor 10 Uhr.

Mittwoch den 10. April 1907:
201. Abonnements-Vorstellung.
1. Viertel. Umtauschkart. giltig.
Zum 25. Male:
Novität. Novität.
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten von Victor Léon und Leo Stein.
Musik v. Franz Lehar.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.
Nur noch kurze Zeit!
Gastspiel des weltberühmten italienischen Verwandlungs-Schauspielers
Costantino Bernardi.
Eigene Dekorationen.
Blendende Lichteffekte.
Bernardi
muß man gesehen haben!
Bernardi
wird von der gesamten europäischen Presse bezeichnet als
Phänomen
des 20. Jahrhunderts.

Von der Reise zurück.
Dr. Karl Lewin,
Blumenstr. 8 part.,
Spezialarzt für Wasserheilverfahren.

Sportwagen
mit Gummireifen sowie Nätherscher Kinderstuhl, wenig gebr., billig zu verk. Jägerplatz 23, II.

Zwei prachtvolle Federbetten
Ober- und Unterbett, zwei Kissen für nur 18 u. 34 M., sowie Nähmaschine spottbillig zu verk. Geistr. 21, 1 Treppe.

Morgen Dienstag **Schlachtefest.**
Joh. Fischer,
Gr. Gosenstr. 39.

Jeden Dienstag **Schlachtefest.**
Hagen.
Brüderstraße 9a.

Kräftiger Bursche,
bis 16 Jahre, sofort gesucht.
G. F. Schulze,
Pfannerhöhe 71 72.

Häuer, Förderleute
Tagarbeiter und Frauen
finden bei hohem Lohn **sofort** Beschäftigung auf Grube
Frohe Zukunft, Mötzlich,
bei Halle a. S.

Tüchtigen nüchternen
Geschirrführer,
welcher erst vom Lande nach hier gezogen ist, sucht **M. Grassmeyer,** Liebenauerstr. 70.

Ammendorf.
2 Lehrmädchen für Damenschneiderei **sofort gesucht.**
Frz. Weissleder, Friedenstr. 4.
Manufaktur, Weiße, Woll- und Kurzwaren.

Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandl.**

---

50 eigene Fischdampfer.

Nordsee-Halle.

Dienstag früh grosse Zufuhr
lebendfrischer Seefische.
„Preise andauernd billig!"

Kabeljau im Anschnitt per Pfund	18 Pfg.
Seelachs im Anschnitt per Pfund	18 Pfg.
Schellfisch im Anschnitt per Pfund	32 Pfg.
Bratschellfisch Pfd.	18 Pfg.
Ia. Helg. Schellfisch groß per Pfund	40 Pfg.
Ia. Helg. Schellfisch mittel per Pfund	35 Pfg.
Koteletten, bratfertig per Pfund	25 Pfg.
Austernfisch-Koteletten per Pfund	60 Pfg.
Rotzungen, ff. große helle per Pfund	60 Pfg.
Schollen, Ia. Nordsee per Pfund	50 Pfg.
Bratschollen Pfd.	25 Pfg.
Knurrhahn Pfund	20 Pfg.
Zander, ff. Qualität per Pfund	70 Pfg.
Zander, Ia. Tafel per Pfund	90 Pfg.
Rotfl. Flußlachs per Pfund	120 Pfg.
Lebende Karpfen per Pfund	100 Pfg.

Täglich frisch!
ff. Nordsee-Krabben,
große Auswahl in feinsten
frischen Räucherwaren.
Täglich eintreffend:
Feinste Holländisch. Strohbücklinge.

Preiswerte Offerte
für Händler!
Wir bemerken extra, daß wir nur beste Qualitäten zum Verkauf bringen.

Lubeca-Bratheringe
stramm gepackte Dosen
per 8 Liter-Dose Mk. **2.50**

Lubeca-Vollbratheringe
anerkannt bestes Marinad
per 8 Liter-Dose Mk. **2.80**

Berliner Rollmöpse
per 4 Liter-Dose Mk. **2.00**
bei 5 Dosen a Mk. **1.90.**

Heringe in Gelée
per 4 Liter-Dose Mk. **2.00**
bei 5 Dosen a Mk. **1.90.**

Bismarck-Heringe
ohne Gräten
per 4 Liter-Dose Mk. **2.10**
bei 5 Dosen à Mk. **2.00.**

Russische Sardinen
p. Fässchen, ca. 8 Pfd. brutto Mk. **1.45**

Frische Bücklinge
ff. goldgelb, p. Kiste, Inh. ca. 23 St. Mk. **1.00**

Frische Ostsee-Sprotten
schwere Kisten per Kiste Mk. **90** Pf.

„Nordsee-Halle"
der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee"
Große Ulrichstraße 58.
Telefon 1275. Telefon 1275.

Eigene Räucherei u. Marinier-Anstalt.

Ansichts-Postkarten empfiehlt **Die Volksbuchhandl.**

Dresdner Felsenkeller-Biere
sind vortrefflich.

Voll-Heringe
besonders zart und schön im Geschmack,
6 Pfg.
F. Beerholdt, Bechershof 8, dicht am Markt.
Fernruf 1040.

Die Vorzüge meiner Schultornister,

solide haltbare Qualität und billiger Preis, sichern mir dauernden Erfolg. Alljährlich steigt der Umsatz, weil sich haltbare Ware selbst am besten empfiehlt.

Schultornister für Knaben und Mädchen in großer Auswahl von den billigsten bis zu den feinsten.

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070409-14/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 82. Halle a. S., Dienstag den 9 April 1907. 18. Jahrg.

Halle und Saalkreis.

Halle, 8. April.

Erziehung zur Gutgesinntheit.

Wie in den Volksschulen mit Hochdruck daraufhin gearbeitet wird, dem Nachwuchs des Volkes die echte patriotische Gutgesinntheit beizubringen und zu diesem Zwecke alte, volkstümliche Lieder und Gedichte nach hohenzollernschem Zuschnitt abgeändert und neue nach der Fasson Lauff angefertigt werden — beispielsweise das geistreiche: Der Kaiser ist ein lieber Mann und wohnet in Berlin — so sucht man auch die Zöglinge der höheren Schulen hieb- und stichfest zu machen gegen alle umstürzlerischen Strömungen der Zeit. So werden in den 22 Klassen des hiesigen Gymnasiums wöchentlich 44 Religionsstunden, aber nur 22 Stunden in Physik und ebenso viele in Naturkunde erteilt. Geographie und Geschichte werden zusammen mit 64 Stunden abgetan.

Eine treffliche Gelegenheit zur Erzeugung und Pflege guter Gesinnung bietet der deutsche Aufsatz. Da kann sich der junge werdende Patriot nach Herzenslust austoben und sich in Patriotismus wälzen. Der Lehrer braucht nur die nötige Anweisung zu erteilen. Im hiesigen Gymnasium hatte voriges Jahr die Obersekunda einen Aufsatz zu fertigen über das Thema: Worauf kann der Deutsche stolz sein? Die Untersekunda mußte ihre politischen und wirtschaftlichen Kenntnisse verwerten in Aufsätzen über: Warum bauen wir eine Kriegsflotte? Und: Bismarcks Verdienst um Preußen. — Die Ober-Realschule stellte den Schülern der Oberprima als Aufsatzthema die Frage: Warum muß Deutschland Kolonien haben? Und die Obersekundaner hatten die Frage zu beantworten: Sollen wir die Feier des Sedantages aufgeben?

Auch die anderweiten schulischen Veranstaltungen und Maßnahmen müssen vom patriotischen Geiste getragen sein. So wurden dem hiesigen Gymnasium im Laufe des vorigen Jahres überreicht: zwei Exemplare des Vortrags des Obersten Deimling über Südwestafrika, ein Doppelbildnis des Kaiserpaares und fünf Exemplare der Schrift des Hauptmanns Beyer über den Krieg in Südwestafrika. Der Ober-Realschule ging außerdem als Geschenk des Kaisers ein Exemplar des Buches Deutschland zur See zu zwecks „Verleihung an einen besonders guten Schüler an allerhöchst Ihrem Geburtstage."

Zur Festigung der Gutgesinntheit mögen auch die Störungen im regelmäßigen Unterricht beigetragen haben, die im Gymnasium durch die je achtwöchentlichen militärischen Uebungen dreier Oberlehrer entstanden sind, ferner eine sechstägige Fahrt von 45 Schülern unter Leitung von vier Lehrern nach Hamburg und Kiel zur Besichtigung der Flotte und schließlich durch die Festrede an Kaisers Geburtstag, in welcher Dr. Consbruch „auf die großen politischen Ideen" des Kaisers hinwies. Auch aus der Ober-Realschule beteiligten sich Schüler in größerer Anzahl an der vom Flottenverein veranstalteten Fahrt nach der Wasserkante vom 22.—27. Mai.

Die Gutgesinntheit ist bei den Zöglingen der höheren Schulen die Hauptsache. Lieber mag einer schlecht Bescheid wissen in Geographie, Naturkunde und andere Nebenschächlichkeiten; wenn er nur die „unsterblichen Verdienste" der Hohenzollern vor- und rückwärts ohne Stocken aufsagen kann. Bei dem arbeitenden Volke ist in bezug auf Erziehung zur Gutgesinntheit Hopfen und Malz verloren; es ist bereits zu sehr sozialdemokratisch verseucht. Da bleiben nur noch die höheren Schulen übrig. Als einstige Stützen des Klassenstaates werden deren Zöglinge deshalb rechtzeitig imprägniert mit allen Säften, die immun machen gegen alle demokratischen, antimonarchischen und sozialistischen Ideen. Und das Patent als Reserveleutnant bildet den Schlußstein in der nationalen Erziehung. So sei es und so bleibe es bis zum — Ende.

Ein Aequivalent für die Aufhebung der Rückfahrkarten sollten nach den Auslassungen des Eisenbahnministers die zuschlagfreien Schnellzüge sein. Wie dieses Aequivalent aber geartet ist, ersieht man aus den bahnamtlichen Bekanntmachungen, wonach nur ein ganz kleiner Bruchteil der Schnellzüge von dem Zuschlag befreit sind. Ein Beispiel dafür: Von den 57 Schnellzügen, die Halle berühren, sind ganze 11 vom Zuschlag befreit, während 46 zuschlagspflichtig sind. Also nicht einmal ein Fünftel aller die Station Halle berührenden Schnellzüge sind zuschlagsfrei. So sieht die königlich preußische Eisenbahntarif-Reform aus. Deutsches Volk, freue dich!

Die Frage der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, so einfach und selbstverständlich sie zu lösen wäre, wenn Ladeninhaber und Handlungsgehilfen die Ueberzeugung hätten, daß ein allgemeiner Ruhetag in der Woche auch für sie so notwendig wäre, wie er es für die gewerblichen Arbeiter ist, scheint noch lange Gegenstand öffentlicher Erörterungen zu bleiben. Obwohl über die Angelegenheit schon so viel geredet, obwohl schon Ströme von Tinte geflossen sind und obgleich die städtischen Behörden und Stadtverordneten sich schon eingehend mit der Frage beschäftigt haben, ist noch kein positives Resultat zu verzeichnen.

Vom Magistrat ist jetzt auch die hiesige Handelskammer aufgefordert worden, ein Gutachten darüber abzugeben, wie die Mehrzahl der Ladeninhaber zu der Frage der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe steht. Die Fragebogen ersuchen um Auskunft über folgende fünf Punkte:

1. Wünschen Sie Ihren Laden auch künftig wie jetzt am Sonntag fünf Stunden offen halten zu dürfen? 2. Sind Sie einverstanden, daß Ihnen das Offenhalten des Ladens am Sonntag ganz verboten wird? 3. Sind Sie einverstanden, daß Ihnen das Offenhalten des Ladens am Sonntag nur während drei Stunden gestattet wird? 4. Soll das Offenhalten des Ladens vor der Hauptgottesdienstzeit (9½ Uhr) verboten werden. 5. Soll das Offenhalten des Ladens nach der Hauptgottesdienstzeit (11½ Uhr) verboten werden?

Da aber die Ladeninhaber nicht die einzigen sind, welche an der Frage der Sonntagsruhe ein Interesse haben, wäre es sehr angebracht, wenn eine ähnliche Umfrage auch bei den Handlungsgehilfen veranstaltet würde. Aus solchem Material wäre sehr leicht die Stimmung der Interessenten in dieser wichtigen wirtschaftlichen Frage zu ersehen. Ein Votum der Kaufleute allein wäre einseitig und deshalb zur Beurteilung unbrauchbar.

Gültigkeit der Gebühren-Ordnung der Stadt Halle, betreffend die Benutzung der städtischen Kanäle vom 17. Januar 1905.

Nach dieser Ordnung werden fortlaufend Gebühren erhoben für die Benutzung der städtischen Straßenkanäle durch mittelbare oder unmittelbare Zuleitung von wirtschaftlichen oder gewerblichen Abwässern. Außer den Hausbesitzern können auch die Mieter herangezogen werden, und zwar zu einem gewissen Prozentsatz des Nutzungswerts der Wohnung, der ausgedrückt wird durch die Miete. Gerade deshalb hatten der Rechtsanwalt Sudsland und der Oekonomierat Grotefend gegen den Magistrat der Stadt Halle a. S. auf Freistellung von den Kanalnutzungsgebühren, zu denen sie als Mieter ihrer Wohnungen herangezogen waren, geklagt. Sie gingen davon aus, daß hier eine versteckte Mietssteuer eingeführt sei, was gegen das Kommunal-Abgabengesetz verstoße, wonach Miets- und Wohnungssteuern nicht neu eingeführt werden dürften. — Der Bezirksausschuß wies jedoch die Klage ab, und das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte das Urteil, indem es die fraglichen Vorschriften für rechtsgültig erklärte. Es ging davon aus, daß von einer verkappten Mietssteuer nicht die Rede sein könne, sondern daß es sich lediglich um eine Gebühr für Benutzung der städtischen Kanalisation (Abfluß der Abwässer aus den Wohnungen 2c.) handele, wobei die Mietshöhe nur einen Maßstab abgebe. Dieser Maßstab sei aber auch an sich zulässig, da er nicht als „durchaus ungeeignet" bezeichnet werden könne, wenn er auch im einzelnen Falle nicht immer im richtigen Verhältnis zur Benutzung stehe. Es handele sich eben um eine Wahrscheinlichkeitsrechnung; eine andere wäre hier unmöglich.

Von unserer herrlichen Polizei.

Etwas derb in die Enge getrieben wurde der Polizist Haak in seiner Aussage gegen drei junge Arbeiter, die vom Schöffengericht wegen Widerstandes, Beleidigung, versuchter Gefangenenbefreiung und Vergreifens gegen Beamte zu Strafen von je sechs Wochen und zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden waren. In einem Restaurant auf dem Moritzzwinger hatte man in der letzten Silvesternacht etwas viel getrunken. Auch ein Jünger der Hermandad hatte dem edlen Naß derartig zugesprochen, daß er auf dem Sofa im Restaurant eingeschlummert war. Die fröhlichen Gäste hatten dagegen gar nichts einzuwenden und sagten sich: „Laßt ihn ruhen, wer da schläft, der sündigt nicht!" Auf einmal kam ein zweiter Polizist, Haak, und versuchte seinen auf dem Sofa eingeschlafenen Kollegen munter zu machen. Da er dabei den Helm ergriff und diesen seinen Kollegen derartig auf den Kopf stauchte, daß dem Gestauchten die Lippe blutete, wurden die Gäste aufgebracht und ergriffen Partei gegen Haak. Sie bezeichneten das Tun des letzteren als unmenschlich, bezw. unkameradschaftlich und bezweifelten, daß er gekommen war, um seinem Kollegen zu helfen. Es fielen dann Schimpfworte und Aeußerungen wie: „Schmeißt den Kerl raus" 2c. Der zweite Polizist lief zur Kneipe hinaus, ließ den schlafenden Kollegen im Stich und pfiff auf der Straße, um weitere Hilfe heranzuholen. Dann kam er mit einem dritten Polizisten zurück, um Sistierungen vorzunehmen. Dadurch entstand ein allgemeiner Tumult; die Polizei nahm die drei Angeklagten fest und brachte sie nach der Wache. Hierbei sollen nun die jungen Leute, die sich unschuldig fühlten, Widerstand geleistet und Gefangenenbefreiung begangen haben. Auf der Wache benahmen sich dann aber einige Polizisten, besonders Haak, ziemlich wüst. Zwei Angeklagte, deren Angaben durch eine Reihe einwandfreier Zeugen unterstützt werden, behaupten, auf der Wache zu Boden geworfen, geohrfeigt und gestoßen worden zu sein. Auf dem Wege nach der Wache habe man ihnen die Sachen zerrissen. Der Hauptsitzenfried unter den Polizisten habe dem einen Angeklagten die Worte zugerufen: „Wenn ich dürfte, zerschlüge ich Ihnen die Knochen im Leibe." Polizist Haak erhebt gegen die Angeklagten und auch gegen andere Gäste eine ganze Reihe von Beschuldigungen. So behauptet er, ein Angeklagter habe die Worte gerufen: „Schlagt den Hund (Polizisten) tot, das neue Jahr ist für den nicht da." Zeugen hingegen befunden, von derartigen Aeußerungen nichts gehört zu haben. Die Angeklagten bestreiten sämtlich, sich strafbar gemacht zu haben; die Schlechtbehandelten wären nicht die Polizisten sondern sie.

Unter einiger Spannung tritt der Veranlasser des großen Krachs, Polizist Haak, als Zeuge vor den Richtertisch. Er will in jener Nacht ganz nüchtern gewesen sein und nur etwa zwei Glas Bier und „ein Warmes" getrunken haben. Dem Zeugen wurde vom Richtertische vorgehalten, daß er beschuldigt wird, die Angeklagten mißhandelt zu haben; insbesondere soll er den einen Angeklagten am Halse gewürgt haben u. s. w. Dem Zeugen wurde klar gemacht, daß er berechtigt sei, Angaben auf solche Fragen zu verweigern, durch deren Beantwortung er sich selbst einer strafbaren Handlung bezichtigen müßte. Vorsitzender: „Na, wie verhält sich die Sache?" Zeuge: „Ich befürchte, mich strafbar gemacht zu haben. Wenn ich aber geschlagen habe, dann war ich auch gezwungen dazu." Vorsitzender: „Dann haben Sie den einen Angeklagten wohl auch ins Gesicht geschlagen und gesagt, wenn ich dürfte, zerschlüge ich Ihnen die Knochen im Leibe?" Zeuge: „Wissentlich nicht." Rechtsanwalt Herold bezweifelt die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen und weist darauf hin, daß Polizist Haak in der Voruntersuchung sowie vor dem Schöffengericht ausgesagt habe: „Daß ich den Angeklagten Jäger geschlagen habe, bestreite ich ganz entschieden." Ein Zeuge hat gesehen, wie im Trubel ein Polizist bei dem Transport nach der Wache einen Schlag auf den Mund bekommen. Uebereinstimmend bekunden mehrere Zeugen, daß Polizist Haak den ganzen Skandal veranlaßt habe; er habe in geradezu brutaler Weise seinem Kollegen den Helm auf den Kopf gestaucht. Ein Zeuge macht die Bemerkung: „Wir dachten, des Polizisten Kopf platzt auseinander." Ein ganz unbeteiligter Zeuge Lichtenstein sagte unter dem Eide aus: „Ich kam auf die Wache und erhielt von einem Polizisten eine Ohrfeige, daß ich mit dem Kopf gegen einen Schrank flog." Ein anderer Zeuge be-

---

Kleines Feuilleton.

Eine sonderbare Unterrichtsmethode scheint ein Lehrer an der katholischen Knabenschule in Elberfeld zu haben. Wie unser dortiges Parteiblatt mitteilt, müssen die 8- bis 9jährigen Schüler eine ganze Reihe von Kapiteln der biblischen Geschichte und den Katechismus mit allen Zeichen wörtlich herlagen. Hören wir also, wie die Kinder die biblische Geschichte usw. hersagen müssen:

Eines Tages Komma als Jesus gebetet hatte Komma sprach einer von seinen Jüngern zu ihm Doppelpunkt Gänsefüßchen unten Herr Komma lehre uns beten Ausrufungszeichen Gänsefüßchen oben. Da sprach Jesus Doppelpunkt Wenn ihr betet Komma so sprechet Doppelpunkt Gänsefüßchen unten Vater unser Komma der du bist in dem Himmel Komma geheiligt werde dein Name Strichpunkt zu uns komme dein Reich Strichpunkt dein Wille geschehe Komma wie im Himmel Komma also auch auf Erden Punkt Unser tägliches Brot gib uns heute Strichpunkt und vergib uns unsere Schuld Komma wie auch wir vergeben unsern Schuldigern Strichpunkt und führe uns nicht in Versuchung Komma sondern erlöse uns von dem Uebel Punkt Amen Punkt. Gänsefüßchen oben Weiter sprach Jesus zu seinen Jüngern Doppelpunkt Gänsefüßchen unten Bittet Komma so wird euch gegeben werden ein Ausrufungszeichen Suchet Komma so werdet ihr finden ein Ausrufungszeichen Klopfet an Komma so wird euch aufgetan werden ein Ausrufungszeichen Denn jeder Komma der bittet Komma empfängt Komma wer sucht Komma der findet Komma und wer anklopft Komma dem wird aufgetan Ausrufungszeichen Gänsefüßchen oben.

Der brave Herr Pakel scheint noch nie etwas von dem Worte gehört zu haben, das besagt: Der Buchstabe tötet!

Stilblüten aus dem englischen Parlamente. Die Kölnische Ztg. schreibt: Parlamentarische Stilblüten zu sammeln, ist immer ein Vergnügen. Auch aus dem englischen Parlamente lassen sich solche ohne Mühe beibringen. Es sind merkwürdigerweise nicht die jüngsten Mitglieder, die durch Verwendung von Bildern um am meisten zur Erheiterung der Volksvertreter beitragen. Gerade die Herren Minister liefern darin noch mehr Stoff als die Neulinge; freilich lassen sie sich auch öfter hören. So sprach Herr Balfour, der letzte konservative Premier, einmal von „einem leeren Parlament, angefüllt mit unsympathischen Zuhörern". Ein Minister, der jetzt unter der liberalen Regierung Sir Henry Campbell-Bannermann amtiert, hob hervor, der Gegenstand der Erörterung sei dornig und müsse äußerst behutsam erörtert werden, sonst könne es sich ereignen, daß man damit einer ganzen Anzahl von sehr achtbaren Leuten auf die Hühneraugen trete. Wiederum ein konservativer Minister war es, der mit erhobener Stimme behauptete, ein anderes Parlamentsmitglied habe mit dem vorliegenden Gesetz einen großen Fisch in seinem Netze gefangen; ganz unnötigerweise sei er aber auf den Gipfel des Baumes geklettert, um seine Beute einzuheimsen. Ein Finanzminister gab in einer wichtigen Debatte des Unterhauses die unglaubliche Versicherung ab, daß die Schritte der von ihm vertretenen Regierung immer Hand in Hand mit den Interessen der Großindustriellen gehen würden. Dichterischer veranlagt war aber der Vertreter der Krone, der den schönen Satz fertig brachte, das Herz ganz Englands sei durch die schreckliche Vorlage vom Kopf bis zu Fuß erschüttert worden. Dem jetzigen Premier wurde vor einigen Jahren von einem konservativen Abgeordneten vorgeworfen, er habe solange auf dem Zaune gesessen, bis das Eisen in seine Seele eingedrungen sei. Ein Lord aber war es, der im Oberhause seine Ueberzeugung kraftvollen Ausdruck mit dem Ausspruch gab, die konstitutionellen Rechte des Volkes würden durch die gepanzerte Hand der Regierung in Grund und Boden getreten. Ein späterer Vizekönig von Indien, der damals noch im Unterhaus saß, versicherte seiner Partei, daß, obschon sie noch nicht aus dem Walde heraus sei, sie trotzdem auf einem guten Schiffe segele. Aber nicht nur die Engländer, auch die Schottländer können auf dem Gebiete stilistischer Entgleisung etwas leisten. Der jetzt verstorbene Sir George Campbell, ein Schotte von altem Schrot und Korn, hat einmal kundgetan, daß das weiße Gesicht des englischen Soldaten das Rückgrat des britischen Kaiserreichs sei. Derselbe Sir George behauptete, daß gewisse Uebelstände in Indien doch nur einem Kloßtich im Ozean gleichbedeutend seien. Die Irländer stehen den Schotten nicht nach. An Irish bull nennt man in England eine Dummheit die als unfreiwilliger Witz wirkt. So machte einer Ire einen Irish bull der seinen Zuhörern die erstaunliche Versicherung gab, daß die Hälfte der Lügen, die über Irland und die Irländer verbreitet würden, nicht auf Wahrheit beruhe. Schon war auch der bull des Abgeordneten für Dublin, der während einer eifrigen Rede im Unterhause zornig ausrief: „Der Minister schüttelt den Kopf über meine Ausführungen, und es tut mir leid, das zu hören!" Derselbe Abgeordnete ließ sich auch dazu verleiten, auszurufen: „Die Zeit und die Stunde ist da und wird bald eintreten!" Wir schließen die Aufzählung mit Herrn Mc Hugh, der verzweifelt behauptete, Home Rule sei die erste Nahrung, die zum Zerbröckeln von Großbritannien führen würde.

Der Dumaabgeordnete auf der Wohnungssuche. Als charakteristisch für das Verhalten eines Teiles der russischen Gesellschaft gegen die radikalen Abgeordneten teilt das B. T. ein von der Mar. Sc. mitgeteiltes Erlebnis eines Abgeordneten mit. Nachdem der Abgeordnete nach langem Suchen eine Wohnung gefunden hatte, entspann sich zwischen ihm und dem Oberhausknecht nachstehendes Gespräch:

„Sie wollen also die Wohnung mieten?" fragte der Hausknecht.

„Ja, sie gefällt mir," erwiderte der Abgeordnete, „morgen will ich einziehen."

„Entschuldigen Sie, wollen Sie allein bei uns leben?"

„Wieso allein? Nein, mit meiner Familie."

„Erlauben Sie zu fragen: ist Ihre Familie groß?"

„Ich habe eine Frau, Kinder, Bedienung — doch was geht Sie das an?"

„O bitte sehr, uns geht das alles sehr an, denn wenn Ihre Söhne Studenten sind, erhalten Sie unsere Wohnung nicht, Studenten machen uns zuviel zu schaffen."

„Beruhigen Sie sich," sagte der Abgeordnete, „meine Kinder sind noch klein."

„Welchen Beruf haben Sie?"

„Das dürfte Sie wenig interessieren, ich zahle pränumerando. Doch wenn Sie es wissen wollen: ich bin Abgeordneter."

„So—o—o— welcher Partei?" „Sehen Sie," fuhr der Hausknecht geschwätzig fort, „wenn Sie ein Linker sind, dann ist gar nicht daran zu denken, daß Sie unsere Wohnung erhalten, denn die Linken veranstalten Meetings, Versammlungen und verursachen uns viel Scherereien. Etwas anderes freilich ist es, wenn Sie zum Verbande des russischen Volkes oder zu den Oktobristen gehören, ja selbst einen Kadetten würden wir dulden, hat doch selbst Purischkewitsch Herrn Rodichew seinen Genossen genannt, aber einen Linken . . ."

Ohne den weiteren Auslassungen des Hausknechts Gehör zu schenken, verließ der Abgeordnete schleunigst das Haus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070409-14/fragment/page=0005

stätigt dies und bekundet weiter, auch er habe gesehen, wie ein Angeklagter von Polizisten mißhandelt worden ist. Der Mißhandelte blutete nachher am Mund und an den Zähnen. Ein anderer Zeuge erklärte drastisch: „Genen hatten se in de Sandkammer (Arrestzelle) ringeschubbt, der jammerte. Da wollten se mich jedenfalls ooch rinbringen, denn en Polizist kam schon uff mich zu, worauf ich sagte, nanu lassen Se mich aber in Ruhe. Dann kam der Kommissar, der sich „sehr anständig" benahm, schob den Polizisten weg und sagte: „Was wollen Sie denn von dem Manne, der hat doch gar nichts gemacht."

Rechtsanwalt Herold begründet die Berufungen der beiden Angeklagten, die mit je sechs Wochen Gefängnis bestraft werden sind, und legt dar, daß das erste Urteil gänzlich haltlos sei. Der ganze Skandal ist nur durch Verschulden der Polizei entstanden. Hätte der Polizist Haak seine Pflicht getan und seinen betrunkenen Kollegen in humaner Weise entgefordert mitzukommen, dann wäre nichts passiert und das Publikum hätte nicht gegen ihn Partei ergriffen. Er benahm sich nicht bloß brutal gegenüber seinem Kollegen sondern auch den Arrestanten. Dem Schlafenden fauchte er, wie Zeugen drastisch bekunden, den Hem auf den Kopf, daß die Lippen bluteten und Gäste glaubten, der Kopf des Polizisten platzt auseinander, und auf der Wache benahm er sich noch brutaler. Mit seinem Kollegen kann er es nicht gut gemeint haben, das erhellt aus seinem ganzen Verhalten. Erst rührt die Polizei die Geschichte ein und dann treten auf einmal mehrere Polizisten in der Kneipe auf, greifen blindlings zu und schleppen nach der Wache, was sie greifen konnten. Dann stellt sich der Polizist Haak in der ersten Instanz hin und beschwört positiv, er habe den Angeklagten Jäger nicht angegriffen. In der heutigen Verhandlung schwankte er zunächst mit seinen Angaben und schließlich mußte er bezüglich seines unbegreiflichen Verhaltens Zugeständnisse machen. Den Angabe solcher Leute, und wenn sie Beamte sind, kann man kein Gewicht beilegen. Die Angeklagten sind in erster Linie freizusprechen oder höchstens mit einer ganz geringen Geldstrafe zu belegen. Auch der zweite Verteidiger sagt, das Tun des Polizisten Haak könne man wohl ruhig als brutal bezeichnen.

Der Staatsanwalt nahm seine gegen das erste Urteil eingelegte Berufung zurück, verlor nicht viel Worte über das Verhalten der Polizei, meinte, Polizist Haak habe mit dem Lecken seines Kollegen „eine unangenehme Aufgabe gehabt" und beantragte dann die Verwerfung der Berufung der Angeklagten.

Rechtsanwalt Herold: Die Staatsanwaltschaft hat von dem Verhalten der Polizei nicht viel erwähnt. Sie hätte sich wahrlich nichts vergeben, wenn sie ruhig zugegeben hätte, die Polizei hat inkorrekt gehandelt. Der eine Polizist hat aber nicht bloß inkorrekt sondern sogar unmenschlich gehandelt. Das Gericht möge auf Freisprechung erkennen. Die Angeklagten schlossen sich den Ausführungen ihrer Verteidiger an.

Das Gericht hob das Urteil erster Instanz auf, sprach den einen Angeklagten gänzlich frei und ermäßigte die Strafen gegen die andern beiden Angeklagten auf 60 und 30 Mark. In der Urteilsbegründung hieß es, daß die Taten der Angeklagten in einem erheblich milderen Lichte erschienen seien als vor der ersten Instanz, und eine Reihe Momente zugunsten der Angeklagten gesprochen hätten; insbesondere das nicht richtige Verhalten der Polizisten.

Das Gericht ist allerdings in der Beurteilung der Taten der Polizisten einen Schritt weiter gegangen als der Staatsanwalt, der leider bloß in den Angeklagten die Angeklagten erblickt. Ob das Gericht damit das richtige getroffen hat, daß es das Verhalten der Polizisten als bloß nicht richtig bezeichnete, vermögen wir nicht zu entscheiden. Nicht richtig kann man vieles nennen. Nicht richtig handelt auch der, der brutal und unmenschlich handelt, und so bezeichneten die Verteidiger das Tun der Polizisten, die berufen sind, dem Publikum Schutz zu bieten. Im Volke wird man das als das Richtige empfinden, was die Verteidiger über das Verhalten der Polizisten gesagt haben. Wenn der Staatsanwalt will, er hat ja das Anklagemonopol, dann kann er das Verhalten des Polizisten Haak immer noch unter die Lupe nehmen. Wie man uns mitteilt, soll der Polizist, der geschlafen hat, und dessen sträfliches Tun, oder vielmehr Nichttun in gar keinem Verhältnis steht zu dem Handeln des Haak, vom Dienst entlassen sein, und Haak trug noch am Sonnabend die Uniform.

Die pikante Hallesche Lackstiefel-Affäre,

die seinerzeit weit über die Grenzen unserer Stadt allgemeines Aufsehen erregte, wird nächstens, wie gerüchtweise verlautet, ein Schöffengericht in der Nachbarschaft von Berlin beschäftigen. Der Staatsanwalt klagt im Interesse eines hiesigen Polizeibeamten wegen Beleidigung, und der Beamte soll als Zeuge geladen sein. Es wird sich dann vielleicht die immer noch im Dunkeln schlummernde Verwechselung aufklären. Bekanntlich hatte man sich darüber auch in der hiesigen Schuhmacher-Innung unterhalten, wie es möglich ist, daß sich ein kalblederner Stiefel in einen rindledernen verwandelt.

Wilde Streiks und Lohnbewegungen in Halle a. S.

Von der Organisationsleitung der Handels- und Transportarbeiter werden wir um Veröffentlichung folgender beherzigenswerter Ausführungen ersucht:

Die modern organisierte Arbeiterschaft jedweden Berufes gibt sich die redlichste Mühe, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder einer Verbesserung entgegenzuführen, sei es in friedlichem Uebereinkommen mit den betr. Arbeitgebern, sei es im Kampf mit diesen. Leider erkennt ein großer Teil der Arbeiter immer noch nicht, von welcher Seite ihm Hilfe gebracht werden kann, und so sieht man denn Arbeiter überall dort, wo sie nicht hingehören, z. B. in Kreiger-, in Klimdim- oder anderen Vereinen, die alles eher bezwecken, als die Verbesserung der wirtschaftlichen Lebenslage. Hinzu kommt noch ein anderer Teil, welcher stumpfsinnig genug ist, das ganze Leben überhaupt spurlos an sich vorüber gehen zu lassen. Das sind diejenigen, die nicht organisiert sind und sich überhaupt gar nicht denken können, daß es ein Entrinnen aus ihrem Schicksal gibt.

Zu diesen Letzteren gehören zum übergroßen Prozentsatz Leute aus den niedrigst gestellten Arbeiterkategorien und hier wiederum sind es die Transportarbeiter, die Geschirrführer oder Knechte, wie man so gern beliebt zu sagen. Trotzdem unter diesen der Zentralverband der Transportarbeiter Deutschlands unablässig agitiert, ist es doch bisher noch nicht gelungen, diese Berufsangehörigen zum überwiegenden Teil zu organisieren. Auch hier in Halle gibt es noch eine große Anzahl solcher unorganisierter Berufsangehörige, trotzdem ihre Arbeitszeit zu den länglien am Orte gehört, trotzdem sie dafür den geringsten Lohn und die schuftigste Behandlung seitens ihrer Vorgesetzten angeboten erhalten. Doch alles dies kann diese interessenlose Masse nicht zum Licht empor drängen, bis sich vielleicht über Nacht einmal ihr wenziges menschliches Gefühl in einem momentanen Aufflackern sie zu einem unüberlegten, mitunter verhängnisvollen Schritt hinreißt, indem sie ihren Brotgebern die Arbeit liegen lassen, unbewußt dessen, ob es für sie zum Guten oder Bösen geschieht.

Daß derartige Momente sich von Zeit zu Zeit wieder einstellen, beweisen die Tatsachen, daß hier am Orte kurz vor Ostern zwei solcher „Streiks" stattgefunden haben. Ohne jedwede Vorbereitung, ohne Organisation, ohne jedweden Rückenhalt traten am 10. März die Geschirrführer und Arbeiter der Firma Gersmann, Kaffeehandelsgeschäft, in den „Ausstand," der allerdings nach eintägiger Dauer aufgegeben wurde, indem die Firma versprach, eine kleine Lohnerhöhung eintreten zu lassen. Daß dies Versprechen gegeben wurde, hatten die Ausständigen zum großen Teil der günstigen Zeit zu verdanken, indem gerade die Arbeitslosigkeit ziemlich gering war und die betr. schmutzige und schwere Arbeit nicht jedermanns Geschmack ist. Waren aber diese Leute imstande, unter dieser Sachlage dem Unternehmer das Versprechen, mehr Lohn zu geben, abzuringen, wieviel mehr hätten Verbesserungen eintreten müssen, wenn der Streik kein wilder sondern ein von der Organisation geführter war.

Der zweite dieser wilden Streiks spielte um dieselbe Zeit beim Fuhrunternehmer Vogel-Trotha. Auch hier nahmen nach eintägigem Streik die Geschirrführer die Arbeit wieder auf und zwar unter gar nichts sagenden Versprechungen. Aber auch hier gilt das, was betreffs des ersteren Streiks gesagt wurde.

Weiter fand unter den sogenannten Möbelräumern Mitte März eine ebenfalls wilde Lohnbewegung statt, welche infolge Fehlens jedweder Einigkeit und Organisation das Licht der Oeffentlichkeit kaum erblickte. Wären auch diese Parias der Menschheit geschult, aufgeklärt und organisiert gewesen, so wäre wahrscheinlich manchem Möbelspediteur und manchem Spießer, welcher umziehen wollte, ein Schreck durch die Glieder gefahren. Die Unternehmer können demnach noch von Glück sagen, daß sie ihre Arbeiter bisher noch in Dummheit und Bescheidenheit erhalten haben; wie lange dies aber noch währt, wer weiß es.

An Aufklärungsarbeit wird es seitens der organisierten Arbeiterschaft nicht fehlen und diese Arbeit wird so lange fortgesetzt werden bis auch der indifferenteste Arbeiter den Klauen der plumpen Zufriedenheit entrissen worden ist, und wenn dies geglückt, werden auch derartige wilde Streiks und Lohnbewegungen nicht mehr vorkommen, sondern die Organisation wird mit kräftiger Hand eingreifen und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein für allemal ein Ziel setzen. Daß dies bei den Transportarbeitern, bei denen es am aller notwendigsten ist, recht bald geschieht, dafür hat jeder einzelne Sorge zu tragen.

Auch Angehörige anderer Berufe, welche die Notwendigkeit der Organisation noch nicht erkannt haben, können aus den vorstehenden Ausführungen lernen.

Zur Aussperrung der hiesigen Tischler.

wird uns von der Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes geschrieben: Die Aussperrung hat in dieser Woche insofern einen weiteren Umfang angenommen, als in weiteren fünf Betrieben noch 22 Kollegen ausgesperrt wurden. Es sind die Betriebe von Bethmann, Gr. Steinstraße, Grunewald, Rathausstraße, Abelmann, Meckelstraße, Gerike, Fleischerstraße, Wahbel, Fosterstraße. Die Aussperrung erstreckt sich nunmehr über 19 Betriebe mit insgesamt 147 Ausgesperrten.

Wie der hiesige Vorsitzende des Schutzverbandes, Tischlermeister Preller, dazu kommt, in Dresden zur Konferenz der Arbeitgeber 250 Ausgesperrte anzugeben, ist uns ein Rätsel. Jedenfalls beruhen diese Zahlen in der Einbildungskraft des Herrn Preller und Genossen. In voriger Woche ist bereits ein großer Teil der Ausgesperrten abgereist und anderweitig in Arbeit untergebracht. Auch am heutigen Tage hat sich wieder ein Teil der Kollegen bereit erklärt, abzureisen, so daß die Zahl der zu Unterstützenden bedeutend niedriger geworden ist.

Eine morgen abend im Konzerthaus tagende öffentliche Holzarbeiter-Versammlung, in welcher der Gauvorsteher Aug. Thielemann aus Chemnitz über Die Machtprobe des Arbeitgeberverbandes referieren wird, wird sich auch mit dem Stand der hiesigen Aussperrung beschäftigen. Es seien alle Holzarbeiter hierdurch nochmals auf diese Versammlung aufmerksam gemacht, und es ist Pflicht jedes Kollegen, für diese Versammlung zu agitieren. Auch die Frauen werden dringend ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen, damit auch sie über die Pläne der Scharfmacher in der Holzindustrie genau unterrichtet sind. (Siehe auch Inserat in heutiger Nummer.)

Privatsekretär Eckardt vor Gericht.

Wir berichten nur Tatsachen: Herr Privatsekretär Eckardt, 48 Jahre alt, stand am Sonnabend vor der Strafkammer als Angeklagter. Er gibt auf Befragen zu, wiederholt bestraft worden zu sein, und wird beschuldigt, einen Rechtsanwalt Fleischmann in Berlin beleidigt zu haben. Vor Eintritt in die Verhandlung will Eckardt Anträge stellen. Ihm wird klar gemacht, daß er damit noch etwas warten müsse. Später sagt Eckardt, er wolle den Gerichtsvorsitzenden und einen Beisitzer als befangen ablehnen. Warum? Es steht etwas in einem in derselben Sache gefällten Urteil, was ihm nicht gefällt. Der Vorsitzende sagt zu Eckardt: „Sie wissen doch, daß ich die Urteile nicht ausarbeite. Gleichwohl vertrete ich jedes Wort, das in dem Urteil steht." Eckardt sagt: „Ich will meinen Antrag zurückziehen, wenn Sie, meine Herren, sich nicht für befangen erklären. Der Vorsitzende sagt: „Ich erkläre mich nicht für befangen," der Beisitzer desgleichen. Eckardt scheint damit vorläufig zufrieden zu sein und macht eine Verbeugung. Tatsache ist, daß ein Brief Eckardts verlesen wurde. In dem Briefe wird Rechtsanwalt Fleischmanns Bildung bemängelt und bedauert, daß Herr Fleischmann einen andern Brief nicht „mit Hochachtung" geschlossen habe. Eckardt wird bei der Vernehmung des Rechtsanwalts Fleischmann wieder unzufrieden und benimmt sich nicht richtig. Der Vorsitzende sagt: „Sie sind nicht derjenige, der die Verhandlung führt, Sie haben sich an mich zu wenden, wenn Sie Fragen stellen wollen." Eckardt sagt: „Bitte sehr," und macht wieder eine Verbeugung. Eckardt sagt im weiteren Verlaufe der Verhandlung aus, aus den Akten sei ein Kuvert verschwunden. Er möchte mit dem Kuvert nachweisen, daß der Strafantrag gegen ihn zu spät gestellt und die Sache verjährt ist. Das Kuvert ist aber doch nicht da. Eckardt beantragt, den Vorsitzenden darüber als Zeugen zu vernehmen, wo das Kuvert geblieben ist. Der Vorsitzende sagt: „Ich weiß nicht, wo es geblieben ist." Eckardt erklärt den Vorsitzenden wiederum für befangen und bittet um Gerichtsbeschluß. Dann sagt Eckardt, es stehe etwas anderes im früheren Urteil über Rechtsanwalt Fleischmanns Aussage, als was festgestellt worden ist. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Eckardt verläßt währenddem die Anklagebank, geht an dem auf der Zeugenbank sitzenden Rechtsanwalt Fleischmann vorbei und sagt zu denn so an." Der beleidigte Rechtsanwalt entgegnet nichts, dem Zeugen laut und vernehmbar: „Weshalb glotzen Sie mich Eckardt steigt wieder auf die Anklagebank und das Gericht kommt schließlich zur Vertagung der Sache. — Tatsachen, alles Tatsachen, lieber Leser. Unserer Ansicht nach ist auch Tatsache, daß sich Eckardt den Richtern und dem Herrn Fleischmann gegenüber „nicht ganz korrekt" benommen hat.

Zur Lohnbewegung der Schuhmacher

ist mitzuteilen, daß die Gehilfen ihre Forderungen bereits am 23. März an die Meister eingereicht haben. Die erbetene Frist, bis zum 8. April in gegenseitige Verhandlungen zu treten, ist bis zum 11. April verlängert worden. Am 12. April findet eine Versammlung statt, in der die Lohnkommission Bericht erstatten wird. Es ist Pflicht eines jeden Schuhmachergehilfen, in den Versammlungen, welche während der Bewegung stattfinden, zu erscheinen. Wer sich noch nicht dem Verbande angeschlossen habe, möge dies im eigenen Interesse tun.

Maurermeister Friedrich arbeitet schnell.

Am Freitag abend veröffentlichte das Volksblatt den erneuten Notschrei über die Friedrichsche Wegsperre hinter Preßlers Berg. Prompt hat darauf einen Tag später Herr Friedrich, entweder selbst oder durch einen seiner Getreuen, mit einem „Notschrei aus der Lauchstädterstraße" geantwortet. Herr Friedrich versteht sich auf das Scherzen. Der Friedrichsche imitierte „Notschrei" findet den Beschluß der Stadtverordneten, ihm zunächst die Genehmigung zur Durchführung der Lauchstädterstraße nach der Liebenauerstraße zu versagen, für „äußerst bedenklich"; es würden dadurch „die öffentlichen Interessen sehr geschädigt." Man muß nämlich wissen, daß es in den Augen Friedrichs eine schwere Schädigung des öffentlichen Interesses ist, wenn er nicht zu den durch Bodenspekulationen bereits verdienten Millionen neue Millionen fügen kann. Er läßt denn auch das „öffentliche Interesse" nochmals aufmarschieren und bedauert, infolge Verweigerung des Durchbruchs würden in der Lauchstädterstraße „dieselben Uebelstände entstehen, welche man an anderer Stelle so lebhaft beklagt; die erste Hälfte der Lauchstädterstraße würde eine Sackgasse bleiben." — Das ist schon richtig, beweist aber nur, daß Herr Friedrich überall nach demselben Rezepte arbeitet. Erst verschafft er sich seitens der Stadt ein kleines Zugeständnis; dann pocht er drauf, bohrt weiter und fordert neue Zugeständnisse. Wenn Herr Friedrich den kleinen Finger verlangt hat, nimmt er die ganze Hand. Und wird ihm diese verweigert, so ist das öffentliche Interesse schwer geschädigt; was durch einen „Notschrei" aller Welt kund und zu wissen getan werden muß.

Es geht schon weit über den Rahmen eines schlechten Witzes hinaus, und erfordert eigentlich eine ganz andere Bezeichnung, wenn Herr Friedrich versichert, durch die Versagung des Durchbruchs nach der Liebenauerstraße würde in der Lauchstädterstraße derselbe Uebelstand entstehen, den man an anderer Stelle — soll heißen: hinter Preßlers Berg — so lebhaft beklagt. Zunächst ist der Vergleich nicht richtig, denn die fünf bis jetzt in der Lauchstädterstraße stehenden Häuser sind nahe der Merseburgerstraße gebaut worden, ohne daß der Durchbruch nach der Liebenauerstraße bestand oder auch nur genehmigt war. Der Aufgang hinter Preßlers Berg dagegen war schon jahrelang offen und seine Freilassung war vom damaligen Besitzer des Areals, Herrn Karl Gebhardt, ausdrücklich den Käufern der Baustellen in der Bernhardstraße zugesichert worden. Erst als im Jahre 1902 Herr Friedrich das Areal von Gebhardt kaufte, wurde die Verpflichtung, den Weg freizulassen, nicht mit in den Kauf aufgenommen. Dadurch hat sich Friedrich einen Drücker verschafft, den er seit über Jahresfrist in der rücksichtslosesten Weise gegen die schuldlosen Interessenten ausnützt. Hinter Preßlers Berg liegt also die Sache ganz anders als bei dem noch gar nicht genehmigten Durchbruch der Lauchstädterstraße. Dann aber hat es doch auch Herr Friedrich vollständig in der Hand, ob er sofort die Genehmigung zum Durchbruch der Lauchstädterstraße haben und dadurch von den dortigen Anwohnern die „schwere Schädigung" nehmen will. Er braucht nur die doppelte Barrikade hinter Preßlers Berg wegreißen zu lassen und dem Magistrat zu erklären, im „öffentlichen Interesse" gebe er den Weg für immer frei; damit hätte er auch die „schwere Schädigung" von denen genommen, die ihm die Grundstücke in der Lauchstädterstraße abgekauft haben. Das „öffentliche Interesse" ist in der ganzen Affäre bisher nur durch Herrn Friedrich geschädigt worden. An ihm allein liegt es, wie lange der skandalöse Zustand dauern soll. Mit imitierten Notschreien rührt er schon längst keinen mehr. Im Gegenteil: Je mehr er über Not schreien muß, um so besser für die wirklich Geschädigten. Bei den Verhandlungen, die wohl demnächst mit Herrn Friedrich begonnen werden, hat der Gelegenheit zu zeigen, ob das von ihm so gern im Munde geführte „öffentliche Interesse" für ihn vorhanden ist. Worte hat man von ihm genug gehört; jetzt haben Taten zu sprechen.

---

* **Die Gewerbegerichts-Beisitzer** halten ihre nächste Monatssitzung am Mittwoch, den 10. April, abends 8½ Uhr, im Weißen Roß ab. Die Beisitzer des Kaufmanns- und Innungsschieds-Gerichts sind hierzu ebenfalls eingeladen.

* **Einen Theaterabend** veranstaltet am Sonntag, den 28. April, abends 7½ Uhr, im Bellevue der Sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis. Der Einlaß erfolgt bereits um 6½ Uhr. Billetts à 25 Pfg. für diesen Theaterabend, an welchem unter Mitwirkung der dramatischen Abteilung des Arbeiterbildungsvereins, das Drama Am Vorabend von Leo Kampf aufgeführt wird, sind im Parteisekretariat und in der Volksbuchhandlung, Harz 42/43, sowie bei den Distriktsführern und Bezirkskassierern des Vereins zu haben.

* **Am Rechen der Steinmühle** schwamm Sonntag früh die Leiche der seit einigen Wochen vermißten 17jährigen Anna Schreiber von hier an.

* **Bei den Brüchen am Galgenberge,** wo sich früher der Schacht Frohe Zukunft befand, verunglückte vor einigen Tagen ein Pferd des Gutsbesitzers Banse, indem es durch Niedergehen eines Bruches 2 bis 3 Meter tief einsank. Es gelang, das Pferd, welches nur wenig beschädigt wurde, aus dem Bruche wieder emporzuziehen. An der Stelle haben sich früher schon ähnliche Unfälle ereignet.

* **Das Konkursverfahren eröffnet** wurde über das Vermögen des hiesigen Kaufmanns Karl Böhr, Inhaber der Landesproduktenfirma Wilhelm Böhr, hierselbst.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Die am Dienstag abends 8 Uhr stattfindende Erstaufführung der Salome von Richard Strauß mit Frl. Fiebiger in der Titelrolle, Herr Soomer aus Leipzig als Gast (Jochanaan), Herr Gaal (Herodes) und Frl. Stoll (Herodias) beanspruncht naturgemäß das gesamte Interesse der musikalischen Bevölkerung Halles. Das berüchtigtste Werk des Meisters stellt riesige Ansprüche an alle beteiligten Faktoren, die nur mit Anspannung aller Kräfte glücklich erfüllt werden können. Die 25. Aufführung der Lustigen Witwe soll zugleich die letzte sein. Die Jubiläums-Aufführung findet am Mittwoch statt. — Das strebsame

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070409-14/fragment/page=0006

Künstlerpaar Frau Alice von Boer und Herr Fritz Grusell unsere Koloratursängerin und unser erster lyrischer Tenor, haben für ihr am Donnerstag stattfindendes Benefiz die volkstümliche melodiöse Spieloper Lortzings Wildschütz gewählt.

* **Verscheuchte Einbrecher.** In der verflossenen Nacht zwischen 2 und 3 Uhr versuchten zwei Leute in das Grundstück Merseburgerstraße 71 (Plakat- und Blechemballagenfabrik von Krokert u. Ko.) einzudringen. Der revidierende Beamte der Wach- und Schließgesellschaft bemerkte die Einbrecher und gab mit einem Revolver zwei Schreckschüsse ab, worauf die Leute die Flucht ergriffen und entkamen.

Stadt-Theater.

Am Sonnabend abend fand eine Benefizvorstellung zugunsten des Künstlerpaares Stahlberg statt. Der Abend brachte den Gefeierten ein bis auf den letzten Platz gefülltes Haus; auch zeigten viele Blumen- und sonstige Spenden, die dem Paare am Schlusse dargebracht wurden, von der Beliebtheit, deren es sich beim hiesigen Publikum erfreut. Herr Stahlberg hatte sich zu seinem Ehrenabende eine alte Berliner Posse von Mannstadt, betitelt **Die wilde Kate** gewählt. Es ist ein herzlich unbedeutendes und oberflächliches Werk, as Herrn Stahlberg aber Gelegenheit bot, seine drastisch-komische Darstellungskunst zu zeigen. Auch die übrigen mitwirkenden Künstler und Künstlerinnen taten alles, um die alten Späße und Situationen der Posse zu einem lustigen Bühnenleben zu erwecken. Vor allem trugen die Damen Hollmann und Klerwin und die Herren Steineck, Landory usw. neben Herrn Stahlberg dazu bei, das Publikum in heitere Stimmung zu versetzen. Verschönt wurde die Vorstellung wie üblichnich durch die Einlage von Lieder- und sonstigen Vorträgen, die durch Solokräfte der Oper und des Schauspiels ausgeführt wurden. So brachte Fräulein Grimm den Liebeshymnus von Richard Strauß, Fräulein Wolf das Lied: Komm aus der Stadt, Herr Gogl das Zauberlied von Meyer-Hellmund zu Gehör. Die Herren Raven, Grusell, Birtholz und Habich trugen als Mitglieder des Gesangvereins „Halbe Lunge" ein paar hübsche Quartette vor; außerdem gab Herr Birtholz noch ein Trinklied zum besten. Viel Beifall fand auch das Harfensolo des Fräulein Höpfner. Herr Dohme deklamierte einige nette Gedichtchen, und Herr Landory exekutierte als Neger Jimbo einen drolligen Niggersong und Tanz. Durch diese Darbietungen wurde man über die Dürftigkeit der Posse, die man sich an einem Benefizabende noch gefallen lassen kann, hinweggetröstet. Frau Stahlberg-Wiest bot dann zum Schluß ein von ihr als Balletmeisterin arrangiertes Ballett Die Versuchung, in denen die Anfechtungen eines Mönches durch die verschiedenen Arten des Sinnengenusses symbolisiert wird. Eingeleitet wurde die Vorstellung durch die Ouvertüre und den spanischen Tanz aus der Oper Cesare Borgia, die der Komponist, Kapellmeister Tittel, selbst dirigierte. E. D.

Aus den Nachbarkreisen.

Ablehnung des Protestes gegen die Wahl Sommers.

Zeitz, 7. April. (E. B.) Soeben ist unter Nr. 252 der Drucksachen dem Reichstag der schriftliche Bericht der Wahlprüfungskommission zugegangen über die Ablehnung des gegen die Wahl des Rektors Sommer eingelegten Protests. Derselbe war eingereicht worden vom Genossen A. Leopoldt-Zeitz im Namen des sozialdemokratischen Wahlkomitees und stützte sich in erster Linie auf die öffentlichen Wahlreden des Bürgermeisters Wabehn in Weißenfels und des Landrats v. Schele in Naumburg. Dieser Protestpunkt ist von der Wahlprüfungskommission nicht für erheblich erklärt worden unter folgender Begründung:

Wie bereits aus Anlaß des Protestes gegen die Wahl des Fürsten von Hatzfeld in Breslau-Ost entschied die Kommission, daß in dem bloßen Auftreten von Beamten in Versammlungen eine unzulässige Beeinflussung nicht erblickt werden könne, solange nicht der amtliche Charakter, die amtlichen Beziehungen und der mit dem Amte verbundene oder aus ihm fließende Einfluß für oder gegen die Wahl eines bestimmten Kandidaten in Wirksamkeit trete.

Früher hat die Kommission anders entschieden. Wie der „amtliche Charakter" anders „in Wirksamkeit treten" soll, als wenn ein Referent als Oberbürgermeister bezeichnet wird, als solcher spricht und als solcher im Bericht genannt wird und auf welche andere Weise der amtliche „Einfluß" nachgewiesen werden soll, das bleibt Geheimnis der Kommission, deren Entscheidung überhaupt ebenso geheimnisvoll ist, wie die Keimkraft der Dernburgschen Dattelkiste. Mit der neuen Stellungnahme hat die Wahlprüfungskommission der kecksten amtlichen Wahlbeeinflussung Tür und Tor geöffnet.

Für erheblich dagegen ist erklärt worden, daß in Döbris, Untergreißlau und in andern Orten die Gemeindediener Flugschriften und Stimmzettel für Sommer verbreitet haben, daß der Rittergutsbesitzer Wilke in Goldschau zu seinen Knechten und Tagelöhnern gesagt hat: „Wer Sommer wählt, kann ein Glas Bier trinken und eine Zigarre rauchen, und wenn keine Stimme für Thiele da ist, gebe ich einen Hektoliter Bier zum Besten. Für erheblich wurde ferner erklärt, daß in Langendorf eine Zeitlang nur zwei Herren vom Wahlkomitee anwesend gewesen sind, daß in Possenhain amtliche Kuverts vor dem Eingange in das Wahllokal verteilt wurden mit je einem Stimmzettel für Sommer und daß in Waldau und Beuditz Stimmzettel für Sommer im Wahllokal ausgelegen haben. Auch die Ausweisung von Wählern aus den Wahllokalen in Mahyen, Beuditz, Zschorgula-Pratschütz, Kleinhelmsdorf, Lindau u. a. wäre als erheblich erklärt worden, wenn nachgewiesen worden wäre, daß die Ausweisung einseitig gegen eine bestimmte Partei erfolgt sei. Darüber bringe jedoch der Protest kein Material bei.

Die Kommission hat dann die Wahlakte in sämtlichen Dörfern, aus denen die für erheblich erklärten Unregelmäßigkeiten gemeldet worden sind, kassiert und die dort abgegebenen Stimmen vom gesamten Wahlergebnis in Abzug gebracht, freilich nicht nur die 418 Stimmen für Sommer sondern auch die 192 Stimmen für Thiele. Da aber dann immer noch eine absolute Mehrheit von 2433 Stimmen für Sommer übrig geblieben ist, beantragt die Kommission, das Plenum möge die Gültigkeit der Wahl Sommers beschließen.

Der Wahlprotest wird in den nächsten Wochen vor das Plenum des Reichstags gelangen, und es ist leider nicht anzunehmen, daß sich eine Mehrheit gegen den Kommissionsbeschluß finden wird. Hätten alle Genossen die massenhaft vorgefallenen gröblichen Unregelmäßigkeiten in der notwendigen Ausführlichkeit rechtzeitig gemeldet, so hätte möglicherweise die Kommission zu einem andern Ergebnisse gelangen müssen. Vorerst, damit müssen sich nun unsere Genossen abfinden, bleibt das Mandat in den Händen des Rektors Sommer, der in Wahlreden die Forderungen der Bergleute auf die verletzendste Weise verhöhnt hat.

Fünf Minuten vor Toresschluß.

Zeitz, 7. April. (E. B.) Der „liebe, unentbehrliche Hausfreund" versucht nochmals einen Anlauf. Er versendet jetzt folgende Karten:

Zeitz, Datum des Poststempels.

Sehr geehrter Herr!

Hierdurch Ihnen zur Nachricht, daß wir uns erlaubt haben, Ihnen ein Exemplar des

Generalanzeiger für Zeitz und Umgegend

per Post gratis zu überweisen.

Wir bitten Sie, den Generalanzeiger in den den Gästen zugänglichen Räumlichkeiten auszulegen und sich gefl. unserer erinnern zu wollen, wenn Sie Anzeigen zu vergeben haben.

Hochachtungsvoll

Geschäftsstelle des Generalanzeiger für Zeitz und Umgegend.

Das letzte Mittel, welches versucht wird, wenn ein Blatt nicht mehr zu halten ist! Der Generalanzeiger verfügte im vorigen Quartal über 600 Abonnenten. Wieviel davon sind wohl Gratisabonnenten gewesen?

Aber nicht einmal das Gratisgeben zieht mehr. Man will den „unentbehrlichen Hausfreund" nicht sehen, auch dann nicht, wenn man ihn umsonst erhält. Ein Kretzschmar Gastwirt ist sogar so weit gegangen, der Geschäftsstelle des Blattes mitzuteilen, daß er auf das Blatt dringend — verzichte. Armer Generalanzeiger! So „beliebt" zu sein und dann so traurig zu enden! Es gibt eben keine ungemischten Freuden mehr auf dieser Welt.

Unter „fanftem" Druck.

Bad Kösen, 7. April. (E. B.) Ein Schlachten war's, nicht eine Schlacht zu nennen! Fürchterlich hat am Sonnabend Mertens unter den Sozialdemokraten gehaust. Aber auch die übrigen Helden redeten tapfer. Anwesend waren etwa 100 bis 120 Personen, zum übergroßen Teil Bahn- und Postbeamte. Besonders auf die letzteren schien man große Hoffnungen zu setzen, und die braven Stephanjünger haben auch nicht enttäuscht. Gleich zu Beginn der Versammlung „bat" der Herr Postdirektor Dittrich seine treuen Mitarbeiter, sich doch etwas näher an den Vorstandstisch heranzusetzen. Bereitwilligst folgte man dieser Einladung. Nebenbei bemerkt, Herr Dittrich ist zweiter Vorsitzender des Lügenverbandes. Nun begann Merteens. Die vaterlandslosen Gesellen, die kein Geld zur Abschlachtung der Schwarzen in Südwest bewilligen, die keine Panzerkähne bauen wollen und ferner den Massenmord, Krieg genannt, bekämpfen, wurden von ihm tüchtig vermöbelt. Gewerkschaften, Arbeitergroschen, Konsumvereine, Sektgelage, Bäckerschweinereien, das waren die Stichworte seiner weiteren Rede. Die Herren von Heydekampf, Dittrich und Prof. Söhle-Naumburg sekundierten dem geehrten Herrn Vorredner tüchtig. Da man nun einmal die Schäflein bei einander hatte, so wollte man auch gleich eine gehörige Schur abhalten. Listen gingen herum und wurden, selbstredend freiwillig (), unterzeichnet. Zwang und Gewalt gibt es natürlich beim Reichsverleumder-Verband nicht, ebensowenig wie Lügen!

Die „Staatserhaltenden" sind also kräftig bei der Arbeit. Das muß für uns ein Ansporn sein. Zwar haben wir am Orte schon recht schöne Erfolge zu verzeichnen, aber das genügt noch nicht. Gegen Lüge und Niedertracht haben wir anzukämpfen. Je mehr Kämpfer in unseren Reihen stehen, desto weniger Erfolge wird der Lügenverband haben. Deshalb frisch an die Arbeit. Für Freiheit und Recht!

Zeitz, 7. April. (Eig. Ber.) Sozialdemokratischer Verein. Auf die am Dienstag abend bei Kämpfe stattfindende Versammlung sei hierdurch nochmals aufmerksam gemacht. Genosse Bartels-Leipzig referiert.

— Gefunden und bei der Polizeiverwaltung abzuholen ist eine Uhrkette.

Zeitz, 7. April. (E. B.) Konsum-Verein. Am nächsten Sonntag hält der Konsum-Verein in der Wilhelmshöhe von 2 Uhr an eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der diesmal eine Statutenänderung und eine Ergänzungswahl des Vorstandes vorgenommen werden sollen. Die Geschäfte des Vereins haben sich derart gehäuft, daß noch zur Anstellung eines besoldeten Vorstandsmitgliedes geschritten werden muß, dieses Vorstandsmitglied soll zweiter Geschäftsführer sein. Ferner soll der Vorstand für fernerhin aus fünf Personen bestehen, nicht aus vier, wie irrtümlich im Inserat steht. Es dürfte aus Anlaß dieses und anderer Aenderungen von Wichtigkeit sein, wenn möglichst alle Mitglieder zu der Versammlung kommen.

Teuchern, 7. April. (E. B.) Eine neue Terrorismusgeschichte weiß das Weißenfelser Tageblatt von hier zu berichten. Es bringt folgende Notiz:

Teuchern, 5. April. Mißhandlung. Der Arbeiter Siebert von hier wurde gestern früh, als er zur Arbeit ging, in der Nähe der Arbeitsstätte, der Grube Siegfried, von drei anderen Bergarbeitern, einem Vater mit seinen beiden Söhnen, überfallen und mißhandelt. Diese rohe Tat ist auf die Wahlen zurückzuführen. S. hat während der Wahlbewegung für den Kandidaten der bürgerlichen Parteien Wahlzettel und Flugblätter getragen und sich dadurch den Haß der Genossen zugezogen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit wurde er von ihnen belästigt. () So auch am Tage zuvor von dem sechzehnjährigen B. S., ein Mann in den mittleren Jahren, jetzte das freche Bürschlein zur Rede und geriet mit ihm in Streit, so daß er sich nur mit Gewalt desselben erwehren konnte. Die gestrige Tat ist eine Folge davon. Sie ist zur Anzeige gebracht und wird ihre Sühne finden.

Unsere Teucherner Genossen werden sich hoffentlich hierzu äußern.

Osterfeld, 7. April. (E. B.) Zwei Strafmandate haben hier zwei Genossen erhalten, die zur Wahlzeit auf Listen gesammelt haben. Jeder soll dafür 20 Mk. blechen. Die Gegner haben gleichfalls gesammelt für ihre Wahlkosten. Sie erhalten aber keine Strafmandate! Dafür leben wir auch im gleichen Rechtsstaat. Umbringen würden uns ja diese Strafmandate auch noch nicht, und dadurch immer Geld da ist, dafür sorgt unsere Partei. Wie sind also sehr beruhigt über das Vorgehen unserer Gegner.

— Vom Gendarm erschossen wurde der Bergarbeiter Redlich, der aus irgend einem Anlaß verhaftet werden sollte. Redlich widersetzte sich seiner Festnahme und wurde hierin von einem Kameraden unterstützt. Als beide ein Steinbombardement auf den Beamten eröffneten, gab dieser mit seiner Dienstwaffe drei Schüsse ab, durch die Redlich sofort getötet wurde.

Zur Maifeier.

Bockwitz, 7. April. (E. B.) Trotzdem der überwiegende Teil der Arbeiter von hier und Umgegend von den Grubenbaronen und den Eisenwerksherren abhängig ist, muß sich die zweite Maifeier, die hier abgehalten wird, imposant und so in einer echten internationalen gestalten. Die fremden Arbeiter werden auch hier wieder mit gutem Beispiel vorangehen. Russen, Polen und Slowenen bereiten sich schon darauf vor, sie lassen sich von den Gruben-Verwaltungen nicht abhalten, den Weit-Feiertag in der würdigsten Form durch Arbeitsruhe zu begehen. Das müßten die gewerkschaftlich organisierten — wo nicht dies möglich ist — auch tun. Die Bauarbeiter können es alle, auch die aus dem tiefsten Schraden herausgekommenen. Auch ein großer Teil der Grubenarbeiter kann es. Die Bergarbeiter von der im Suckauer Kreise gelegenen Grube Friedrich Wilhelm werden voraussichtlich — wie im Vorjahr — auch dieses Mal ohne Schaden feiern dürfen. Sie werden auch zu uns herüberkommen, da ihnen in ihren Heimatsbörsen der Zusammenhalt fehlt. Alles in allem verspricht die Feier sehr gut zu werden. Möchten die Gewerkschaften die Zeit ausnützen und recht lebhaft über die Möglichkeit einer imposanten Maifeier diskutieren.

Bockwitz, 6. April. (E. B.) Engherzigkeit in kommunalen Dingen ist eine in vielen Gemeinden verbreitete Untugend. Leider ist das auch in solchen Dörfern der Fall, deren Einwohner in der Hauptsache Arbeiter sind. Ein gewisser agrarischer Instinkt und bäuerlicher Egoismus steht vielfach auch bei kleinen Häuslern der Betätigung eines wirklichen idealen Gemeindesinnes gegenüber. So ist dies auch hier der Fall gewesen. Als vor mehreren Jahren in unserer Gemeindeverwaltung die Einführung elektrischen Lichtes, Uebernahme der Licht- und Kraftabgabe durch die Gemeinde und elektrische Straßenbeleuchtung eingeführt wurde, erhob sich in der Gemeinde ein Entrüstungssturm gegen diesen furchtbaren Fortschritt und diese umstürzlerische Neuerung. Unsere Gemeindevertreter, die als Anhänger jedes kommunalen Fortschritts dafür stimmten, waren dafür lange dem Spott, ja sogar der Feindschaft vieler ausgesetzt. Man sagte ihnen nach, daß sie die Gemeinde in unnötige Kosten gestürzt hätten und vielleicht gar dem Ruin entgegenführten. Wie töricht alle diese Aufregung war, beweist ein Bericht, den der Herr Gemeindevorsteher in der letzten Gemeindevertreter-Sitzung abgab. Danach hat die Gemeinde soviel Ueberschüsse im letzten Jahre gemacht, daß sie neben vollständig freier Straßenbeleuchtung auch noch einen Ueberschuß von 1500 Mk. erzielte. Dabei sind die Abnehmer von Licht und Kraft noch billiger daran als anderorts. Jedenfalls werden wir immer für solche Neuerungen eintreten, die neben den Vorteilen, die sie allen bringen, noch als produktive Einnahmequellen der Gemeinde dienen. Die Gemeinde braucht aber mit der Straßenbeleuchtung nicht so sparsam umzugehen. Nur wenn in einem Gasthofe etwas besonderes los ist, wird noch nach 9 Uhr Licht gebrannt. Hoffentlich räumt man auch mit dieser Engherzigkeit auf.

Bockwitz, 7. April. (E. B.) Der Konsumvereinsneubau schreitet nun rüstig vorwärts. Herr Maurermeister Gärtner aus Mücenberg, dem die Ausführung des gesamten Baues übertragen ist, wird alles daran setzen, daß unser Heim zur festgesetzten Zeit fertiggestellt wird. Die Grundmauern werden in Granit ausgeführt. Das möge der Arbeiterschaft und ihren hiesigen zahlreichen Feinden ein Symbol sein. Der granitene Grund möge bedeuten: „Wer die Einigkeit der hiesigen Arbeiterschaft zu stören sucht, beißt in Granit!" Und diese Einigkeit soll nicht nur in der Genossenschaft sondern auch in Gewerkschaften und Partei eine dauernde sein — den Gegnern zur Mahnung, den Feinden zum Trotz.

Dolsthcida, 7. April. (E. B.) Ein Volksblattfeind ist der Grubenaufseher Ruhmer von hier, der sich seinen Ruhm damit verdienen will, daß er gegen unsere Bewegung nach seinen „schwachen Kräften" eifert. Es verschnupft ihn gewaltig, daß das jüngste Dorf im Wahlkreise zugleich auch das rotste ist. Erhielten wir doch bei der Wahl 70 Prozent der eingetragenen Stimmen. Natürlich ist auch das Volksblatt hier gut verbreitet und das ist sein größter Kummer. Als kürzlich unser Volksblattausträger einen Mieter von ihm zum Abonnement einlud, redete Herr Ruhmer diesen ab. „Es sind ja nur Schlechtigkeiten drin, das Volksblatt ist dazu da, daß die Faulenzer leben können," das waren die Aeußerungen dieses Herrn. Nun, daß soviel „Schlechtigkeiten" in der Welt geschehen, wie zum Beispiel die auch vom Volksblatt kritisierten fortwährenden Massereien in den Kleiderausbewahrungsräumen der nahen Emanuelgrube, dafür können wir nicht. Die Presse hat aber einmal die Pflicht, diese „Schlechtigkeiten" zu registrieren und zu kritisieren. Und was die Nichtsäuer anbelangt, so ist der Vorwurf des Herrn Ruhmer geradezu grotesk. Gerade das Volksblatt hat den „nichtsnutzenden" Grubenaktionären doch gewiß das Leben schon sauer genug gemacht.

Der Haß dieses Grubenbeamten wird auch nur dazu beitragen, hier noch den letzten Arbeiter zum Lesen des Volksblattes zu gewinnen.

Plessa a. d. Elster, 7. April. (E. B.) Eine nette Besserung ist unsern Einwohnern geworden. 125 Prozent der Staatssteuer als Gemeindeabgaben, daß ist das Resultat aus der letzten Gemeindevätersitzung. Ein „Mittelständler" war's, der sich dafür begeisterte. Herr Windmüller George glaubt, daß auf diese Weise am besten die Arbeiter „gerecht getroffen" wurden. Für diese Gerechtigkeit bedanken sich aber die Arbeiter.

Mückenberg, 7. April. (E. B.) Menschenware. Täglich kommen hier viele vollgepfropfte Züge an, die von Osten nach Westen fahren. Sachsengänger sind es, die da zusammengepfercht, ihren Bestimmungsorten zugeführt werden. Durch Agenten wurden sie wie Ware vermittelt und nun werden die Leute, meist polnische, mit ihren Familien exportiert. Wenn man die bekannten verletzten Lohnsklaven so zusammengepreßt in den Zügen sieht, so besinnt man sich einmal wieder auf die sogenannte Menschenwürde. Auch diese armen Teufel gehören zu den „Herren der Schöpfung."

Bitterfeld, 7. April. (E. B.) Arbeiterpiitka. Der Arbeiter Müller, welcher auf der Chemischen Fabrik Elektron I beschäftigt war, geriet am Sonnabend morgen mit einem Fuß in den Laugenbehälter eines Zersetzungsbades. Der Fuß wurde derartig verbrüht, daß der Verletzte ins Krankenhaus überführt werden mußte.

Bitterfeld, 6. April. (E. B.) Gesundheitsschädlichere Arbeit, als in der chemischen Fabrik Elektron II trifft man wohl kaum noch an. Besonders in der Essigsäure ist die Gesundheit und damit das Leben der Arbeiter ständig in Gefahr. Vor einiger Zeit wurde dort ein junger Arbeiter eingestellt, der nach dreitägiger Arbeit starb. Man muß ja nun annehmen, daß der junge Mensch bereits krank war, als er die Arbeit annahm. Jedenfalls hat jedoch die Arbeit in der Essigsäure mit zu seinem schnellen Ende beigetragen. Wenn man die Arbeiter aus der Fabrik kommen sieht, so packt einen das Grausen. In Anbetracht der Schädigungen der Arbeiter sollte man nun meinen, daß die Fabrikleitung alles tun würde, um hier Abhilfe zu schaffen. Aber da läßt manches zu wünschen übrig. Die Ventilation zum Beispiel könnte bedeutend besser sein. Auch bei der Ausführung der Reparaturen könnte mehr getan werden. Aber da darf's nur wenig kosten, sonst geht's ja an den Prozenten ab. Nach der Gesundheit der Arbeiter wird nicht gefragt, Arbeiter gibt es ja genug. Es wird Zeit, daß die Arbeiter sich selbst helfen, denn von anderer Seite wird ihnen niemals geholfen werden.

Delitzsch, 7. April. (E. B.) Lohnbewegung der Maurer. Die hiesigen Maurer haben den Unternehmern Forderungen unterbreitet. Es werden verlangt für dieses Jahr 48 Pfg. und für nächstes Jahr 50 Pfg. Stundenlohn bei 9½stündiger Arbeitszeit. Diese Forderung ist von den Unternehmern abgelehnt worden, mit der Begründung, man müsse erst das Bürgertum (!) fragen, ob es noch solche hohen (!) Maurerlöhne bezahlen wolle! Ein Unternehmer war bereit, die Forderungen zu bewilligen, die anderen verweigerten aber jede Zulage. Am Sonnabend fand nun eine Versammlung statt, in welcher beschlossen wurde, an den Forderungen festzuhalten und nochmals Verhandlungen anzubahnen. Wird die Forderung abermals abgelehnt, so soll event. zum Streik gegriffen werden.

Delitzsch, 5. April. (E. B.) Die Straßenreinigungspflicht beschäftigt schon seit längerer Zeit die Gerichte. Einige Hausbesitzer in zwei Straßen glauben nicht verpflichtet zu sein, vor der eigenen Tür zu kehren und bekämpfen die Polizeiverordnung, nach der ihnen die Reinigungspflicht auferlegt ist. Wegen Verabsäumung dieser Pflicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070409-14/fragment/page=0007

ist der Rechtsanwalt Schulze mit drei Mark und der Mühlenbesitzer Bauer mit zwei Mark bestraft worden. Von dem hiesigen Schöffengericht ging die Sache, die auch schon das Kammergericht beschäftigt hat, an die Strafkammer Halle. Dort machten am Freitag die Rechtsbeistände der Verurteilten geltend, daß die angezogene Polizeiverordnung von 1905 nicht zu Recht bestehe. Selbst das Kammergericht habe dies anerkannt und zum Ausdruck gebracht, daß für die Zukunft durch einen neuen Gemeindebeschluß eine Verordnung geschaffen werden könne, durch die sämtliche Haus- und Grundbesitzer zur Straßenreinigung gezwungen werden könnten. Nach dem jetzigen Ortsstatut liege aber eine Verpflichtung für alle nicht vor. Das Gericht kam zur Vertagung der Sache und beschloß Behufs weiterer Aufklärung des Sachverhalts den Stadtrat Spangenberg als Zeugen zu laden.

Delitzsch, 7. April. (Eig. Ber.) Zum Ausstand der Mühlenarbeiter. Wie schon berichtet wurde, sind in der Walsenmühle von Bauer 30 Mann in den Ausstand getreten. Die Ursache dazu liegt eine geringe Lohnforderung mit entsprechender Arbeitszeitverkürzung. Die Gebr. Bauer haben es bisher verstanden, ihre Arbeiter mit 23 bis 25 Pfg Stundenlohn bei 13stündiger Arbeitszeit abzuspeisen. Das haben sich die Arbeiter, die sich zum größten Teil aus den indifferentesten Massen zusammensetzen, wohl über 30 Jahre gefallen lassen, bis endlich auch hier die konservative Verteuerungspolitik den Anlaß dazu gab, die Arbeiter aufzurütteln. Und nun zeigte sich die konservative „Arbeiterfreundlichkeit" in vollem Glanze. Der eine der Besitzer ist nämlich konservativer Landtagsabgeordneter für Bitterfeld Delitzsch, der einmal im Landtage der Mühlenbesitzer das Wort redete, wodurch doch gleichfalls weitere Lasten auf die Arbeiter gewälzt wurden. Der andere Mühlenbesitzer ist Stadtverordnetenvorsteher, in welcher Eigenschaft er für Erhöhung der Beamtengehälter eingetreten ist. Bei den Beamten fand man es notwendig, bei den Teuerungsverhältnissen das Einkommen derselben zu erhöhen. Da diese Kosten von der Allgemeinheit gedeckt werden, ist das auch leicht. Den eigenen Arbeitern gegenüber, die 30 Jahre hindurch für einen Schundlohn gearbeitet haben, steckt man den Herrenstandpunkt heraus. Erst verteuert man als konservativer Parteihäuptling alle Lebensmittel, und wenn man dann seinen Arbeitern ein paar Pfennige Lohn mehr zahlen soll, setzt man sie auf die Straße.

Aufgabe der Delitzscher Arbeiterschaft muß es sein, den Betrieb der Gebr. Bauer zu meiden und die im Ausstande befindlichen Arbeiter zu unterstützen. Am Dienstag abend findet eine öffentliche Volksversammlung statt, wo über die weiteren Schritte beraten wird.

Sangerhausen, 7. April. (E. B.) Ein Gattenmord wird aus Klein-Leimnagen gemeldet. Der Maurer Vollrath erschlug am Freitag abend seine Frau mit der Holzaxt. Die Tat scheint von V. im unzurechnungsfähigen Zustande verübt zu sein.

Freyburg a. U., 6. April. (E. B.) Konsumvereinsstörerei. Mit dem Reden ist es nichts gewesen, der Konsumverein ging trotzdem vorwärts. Jetzt versucht man es nun mit andern Mitteln. Die Rabattsparvereinler und Geschäftsleute haben sich gedruckte Listen der Konsumvereinsmitglieder zu verschaffen gewußt. Einer der Herren hat nichts besseres gewußt, als die Liste in seinem Geschäfte auszuhängen. Er will damit bekunden, daß die Arbeiter in seinem Geschäft nichts zu suchen haben. Auch wir sind dieser Meinung. Die Arbeiter mögen den Leuten, die zwar immer über Terrorismus schreiben, dabei aber selbst terrorisieren, die richtige Antwort geben.

Magdeburg, 7. April. Ein Soldatenschinder. Das hiesige Kriegsgericht verurteilte gestern den Unteroffizier Fiedlekorn in Hohensalza wegen Mißhandlung Untergebener in achtzehn Fällen zu acht Monaten Gefängnis. Ein Gemüthsmensch, Musketier Staubert aus Halberstadt, hatte sich 1902 infolge der Mißhandlungen erschossen.

Zu den Frühjahrskontroll-Versammlungen

haben zu erscheinen: 1. Die Mannschaften der Reserve aller Waffengattungen einschließlich der Dispositions-Urlauber. 2. Die Mannschaften der Land- und Seewehr I. Aufgebots (mit Ausnahme derjenigen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1895 eingetreten sind und derjenigen, welche drei Jahre aber länger aktiv gedient haben und in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1897 eingetreten sind). 3. Die Halbinvaliden und Rentenempfänger, welche der Reserve und Landwehr I. Aufgebots angehören, soweit die Erwerbsunfähigkeit 50 % nicht übersteigt. 4. Die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften. 5. Die Ersatzreservisten.

Es haben sich zu stellen aus den zugehörenden Ortschaften:

Im Kreise Naumburg.

In **Wethau**, am Raben, am 15. April, vormittags 9 Uhr.
In **Naumburg a. S.**, Exerzierhaus, am 16. April, von vormittags 9 Uhr an; am 17. April, vormittags 9 Uhr, die Ersatzreservisten der Stadt; mittags 12 Uhr im Hofe der Garnison-Verwaltung, Gr. Georgenstraße 32, die Reservisten und Wehrleute 1. Aufgebots der Provinzial-Infanterie aus der Stadt.
In **Kösen**, Kurgarten, am 23. April, mittags 12 Uhr.
In **Hassenhausen**, Gasthof, am 24. April, vormittags 9 Uhr.
In **Eckartsberga**, Rathaus, am 24. April, nachmittags 1½ Uhr.

Parteinachrichten.

— **Der Preßkonflikt in Nordhausen** ist beigelegt. Für Sonnabend abend war eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Nordhausen einberufen worden, die sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte. Vorher fand eine Besprechung statt, an welcher außer der Preßkommission, den Parteifunktionären und dem Genossen Schildbach auch Genosse Ad. Thiele-Halle als Vorsitzender des Vereins Arbeiterpresse teilnahm. Nach längerer Aussprache wurde einstimmig eine von Thiele vorgeschlagene Resolution angenommen, welche den Konflikt für erledigt erklärt. Schildbach verzichtete von vornherein auf weitere Tätigkeit an der Nordh. Volksztg. Es wurde anerkannt, daß er mit großem Fleiße gearbeitet habe, wie auch er anerkannte, daß ihm bis zum Ausbruch des Konfliktes alles Entgegenkommen erwiesen worden ist. Der Konflikt sei entstanden infolge sachlicher Differenzen, bei denen jeder Teil im Interesse der Partei und des Parteiblattes zu handeln geglaubt habe. Diese Resolution wurde ohne Debatte von der starbesuchten Vereinsversammlung einstimmig angenommen und damit der Streitfall für erledigt erklärt.

— **In der Redaktion der Bielefelder Volkswacht** ist Genosse Max Sachs eingetreten, der bisher als Darmstädter Mitarbeiter der Mainzer Volkszeitung tätig war.

Gewerkschaftliches.

Weitere Gewaltmaßregeln des konlierten Unternehmertums. Die Bremerhavener Schiffswerft von R. C. Rickmers gibt durch Anschlag bekannt, daß sie mit nächstem Mittwoch ihren Betrieb schließen würde, falls bis dahin die Differenzen bei der Aktiengesellschaft „Weser" zwischen den Arbeitern und der Direktion nicht beigelegt sein sollten. Bekanntlich haben deshalb schon zwei andere große Firmen ihre Arbeiter ausgesperrt. Die Differenzen sind aber durch die Vorzugkeit der Weserdirektion entstanden. Und dafür sollen Tausende völlig unbeteiligter Arbeiter büßen. Das ist Terrorismus.

Eine Einigung nach nur kurzem Streik wurde von den Berliner Speiseretarbeitern mit dem Unternehmertum erzielt, so daß die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Es geht also wohl, wenn das Unternehmertum nur will.

Und noch eine Aussperrung in Sicht. Der Arbeitgeberverband für das Berliner Dachdeckergewerbe will am Donnerstag alle Gehilfen aussperren, wenn die streikenden Gehilfen nicht bis zum Dienstag die Arbeit zu den bisherigen Bedingungen wieder aufnehmen. Die Gehilfen denken aber gar nicht daran.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Die Zeugnisswangsfolter** wird weiter angewendet in Deutschland. Das Mannheimer Landgericht hat die Beschwerde des Genossen Geck von der Mannheimer Volkszeitung gegen die über ihn verhängte Zeugniszwangshaft abgelehnt. Genosse Geck muß nunmehr die Zeugniszwangshaft antreten, die über ihn verhängt wurde wegen Ermittlung des Verfassers eines Artikels in der Faschingsnummer Schnupftabak.

§ **Die Glaubwürdigkeit der Anzeige von Streikbrechern** hat sich wieder einmal sehr eklatant bei einer Verhandlung in Augsburg erwiesen.

Der Maurer Ludwig Wall in Augsburg sollte laut gerichtlichen Strafbefehls auf fünf Tage ins Gefängnis gehen, weil er einen Streikbrecher beschimpft und bedroht haben sollte. Der Maurer rief das Gericht zur Entscheidung an. Als der Streikbrecher als Anzeiger und Hauptzeuge vor Gericht nun seine Schwurfinger recken sollte, da gab er kleinlaut zu, daß er das dem Beschuldigten Nachgesagte frei erfunden hatte, weil es während des Maurerstreiks üblich gewesen sei, die Streikenden anzuzeigen. Der Angeklagte mußte natürlich freigesprochen und die Kosten der Staatskasse aufgebürdet werden. Die Streikbrecher sind aber nach wie vor der Gesellschaft und dem Staat nützliche Elemente.

Aus dem Reiche.

Soran (Oberschl.). Von der „Güte" der Arbeiterwohnhäuser, die seitens der Gruben gebaut werden, zeugt folgendes trauriges Vorkommnis: In Baranowitz stürzte das Deckengewölbe eines solchen Wohnhauses ein und begrub eine alte Frau, deren 40jährige Tochter und den 13jährigen Enkel. Alle drei wurden getötet.

Berlin. Beim Einsturz des Gerüstes eines Neubaues an der Müllerstraße wurden zehn Arbeiter zwölf Meter hoch in die Tiefe gerissen. Glücklicherweise kamen sechs der Gestürzten ohne alle Verletzungen davon, während vier leider schwer verletzt wurden.

Elberfeld. Eine betrügerische Firma. Wegen jahrzehntelanger großer Betrügereien gegenüber Lieferanten und Abnehmern wurde der eine Mitinhaber der Lederhandlung Alder, Arnold u. Ko., Arnold, verhaftet, während der andere flüchtig geworden ist.

Letzte Nachrichten.

Düsseldorf, 8. April. Hier haben sich Schlägereien zwischen italienischen Arbeiten und Soldaten in dem niederrheinischen Orte Lendorf abgespielt. Etwa 20 Italiener sangen mit auf Urlaub befindlichen Soldaten Streit an, in dessen Verlauf seitens der Italiener Revolverschüsse abgefeuert wurden. Die Soldaten zogen darauf blank und verwundeten ihr Italiener so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Paris, 8. April. Ein Streik aller Arbeiter der Lebensmittelbranche ist gestern morgen besprochen worden; der Streik soll nicht nur in Paris sondern auch gleichzeitig in allen Provinzstädten, in denen die Arbeitervereinigung der Lebensmittelbranche Sektionen hat, an einem bestimmten Tage ausbrechen, dessen Datum noch geheim gehalten wird.

Rom, 8. April. Bei allen italienischen Armeekorps wird ein Disziplinarrat zusammentreten zur Aburteilung der Unteroffiziere, die kürzlich Protesttelegramme an den Kriegsminister sandten des Inhalts, daß die Anwendung eines ihre Lage verbessernden Gesetzes verzögert werde.

Briefkasten der Redaktion.

D., Plessa. Nachdem das Reichsversicherungsamt geurteilt, ist leider nichts mehr zu machen, da dieses die höchste Instanz in Unfallsachen ist.

E. B., Nehusdorf. Ihr Bericht ist an den Zentralvorstand des Kreises Zeitz gesandt worden, da er nur persönliche Angelegenheiten betrifft. Mit dergleichen Sachen wollen wir den Raum unseres Blattes nicht ausfüllen.

Quittung.

Für Parteizwecke: Albert Knorre 3.—, auf Liste Nr. 476 0.80, 219 7.80 Mark. H. Tabert.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Fröhlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei & leiden nicht an Verdauungsstörung.
Kufeke's Kindermehl
Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhoe etc.

Einzig und altbewährt ist MAGGI's Würze mit dem Kreuzstern.
— Probefläschchen 10 Pfg. —
Man achte genau auf den Namen MAGGI und weise Nachahmungen zurück.

Geschäfts-Eröffnung.
Einem geehrten Publikum von Zeitz und Umgegend zur gefälligen Nachricht, daß ich die
Fleischerei, Schützenstr. 18
am heutigen Tage übernommen habe. Mein Bestreben wird sein, nur gute Ware zu liefern.
Hochachtungsvoll
Zeitz. Emil Treudler.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 6. April.

Aufgeboten: Arbeiter Kuhne u. Minna Andrae (Weingarten 36 und Ludwigstr. 24). Wagenmstr. Spitzhart u. Anna Hempel (Dienborterstr. 5 u. Arndtstr.). Glaser Schönberg u. Klara Opierzynski (Gr. Ulrichstr. 35). Kaufmann Weely und Berta Meisenberg (Magdeburgerstr. 66 und Kleiner Berlin 2). Rektor Sielett und Monika Dorn (Halle a. S. und Dr. Stargard). Gelbgießerleiter Braun u. Martha Zipel (Leipzig-Plagwitz und Halle). Arbeiter Stahr u. Wilhelmine Kühne (Bernburg). Kaufmann Werk u. Elise Nienhoff (Halle u. Fürstenwalde). Arbeiter Telle u. Minna Matthes (Kleinkühnau). Kaufmann Stäber u. Olga Kühnelt (Halle und Raguhn). Arbeiter Plüdner u. Ida Ludwig (Bohlitz-Ehrenberg). Gerichtsdiener Herz und Ida Schütze (Halle und Meineweh). Kanzlei-Beamter Hertsens u. Frida Klemm (Halle und Belgern).

Geboren: Lehrer Lorenz T. (Weißenfelserstraße 28). Gärtner Fuß S. (Raffineriestraße 7). Arbeiter Brezisch S. (Merseburgerstraße 111). Maurer Koch T. (Katzenberg 15). Schlosser Haale S. (Mansfeldserstr. 40). Arbeiter Aufmann T. (Merseburgerstraße 169). Arbeiter Eberhardt T. (Gerberstraße 5). Restaurateur Thieme S. (Pulverweiden 3). Schornsteinfeger Friedrich T. (Kellnerstraße 11). Buchhalter Winkler T. (Krondorferstraße 7). Schlosser Biedt S. (Meckelstraße 8). Müller Berg S. (Bokmannstraße 2).

Gestorben: Meta Conrad, 22 J. (Bernhardstraße 29). Tischlermeisters Balatius S., 3 Std. (Großer Sandberg 8). Schlossers Horst Ehefrau Amalie geb. Wendler, 50 J. (Wannerhöhe 32). Schuttlieferers Fichler S., 6 M. (An der Schwemme 4). Formers Berger S., totgeb. (Tanzenstraße 10). Witwe Anna von Hohrbeidt geb. Röhlig, 78 J. (Königstr. 18). Arbeiters Frau S., 3 M. (Bokmannstraße 2). Eisenbahnschlossers Moll T., 8 J. (Gerbersteldstr. 20). Witwe Conrad geb. Bierwe, 77 J. (Klinik).

Halle-Nord, Burgst. 38, 6. April.

Aufgeboten: Arb. Kummer und Berta Mainzer (Eichendorffstraße 10 und Brachwitzerstr. 1). Oberleiter Lehmann u. Hermine Steinhorn (Goethestr. 41 b und Goethestr. 41 a). Tischler Urban und Josephina Leich (Brüderstraße 11 und Hermannstr. 11). Dreher Hoffmann u. Margarete Koch geb. Henze (Fleischerstr. 43 und Breitestraße 30).

Eheschließungen: Arbeiter Seifert u. Marie Ebner (Diemitz und Bismarckstraße 2). Buchdruckereibesitzer Brünner und Frida Steude (Schaffstädt und Lessingstraße 5). Glaser Schimpf und Emma Freniel (Trotzstr. 7 und Blumenallstr. 2). Tischler Kloß und Martha Hintze (Adolfstraße 4). Gelbgießer Zander u. Minna Hintze (Unterplan 6 und Adolfstr. 4). Mechaniker Städel und Lina Lehmer (Wilhelmstr. 32 und Pfälzerstraße 1). Schneider Schneegaß und Olga Strube (Unterberg 3 und Klausbergstraße 2). Kaufmann Schulze und Gertrud Jacobs, Meckelstraße 10 und Bernburgerstr. 20). Schlosser Gebauer und Lina Hühn (Brenestr. 9). Chemigerath Pelwitz und Charlotte Hartig (Christiania und Geiststraße 41). Hotelier Leuther und Ella Dreiel (Tambach und Schillerstraße 49). Anstreicher Vogel und Gertrud Schlegel (Adolfstraße 4). Wagenführer Schröpler und Franziska Griebel (Wasserweg 1 u. Seebenerstraße 16). Modellschlosser Jordan und Berta Schmidt (Braunschweig u. Gabelsbergerstraße 10). Arbeiter Lauk und Ida Berteg (Georgstr. 14). Arbeiter Damm und Anna Bull (Körnerstraße 22 und Klausbergstraße 3). Arbeiter Miano und Marie Hesse (Friedrichstraße 36 und Hohenzollernstraße 36).

Geboren: Geschirrrüsterer Freimd T. (Gr. Wallstraße 42). Weichenteiler Steuer T. (Große Ölgenstraße 15).

Gestorben: Verw. Rechnungsrat Solle geb. Hesser, 87 J. (Ulestraße 16). Klempnermeister Bachmann, 72 J. (Schillerstr. 20). Vers. Schlossers Gramann S., 4 J. (Gr. Brunnenstraße 51). Witwe Moser geb. Richter, 87 J. (Bernburgerstraße 1).

Standesamt Weißenfels.

24. bis 30. März.

Geboren: Schuhm. Walther S., Arbeiter Rath S., Lokomotivheizer Riegamer T., Arbeiter Wendt S., Kürschner Schulze S., Schlosser Dotz Zw.-Söhne, Lehrer Bieler T., Schuhmacher Fischer Zw.-Töchter, Maschinenwärter Hacke S., Arbeiter Methfessel S., Schuhmacher Eschene S., Schneidermeister Baldamann T., Oberlehrer Seger T.

Verehelicht: Handelsmann Follstein mit Berta Hofmann.

Verstorben: Johannes Herrn, 8 M., Minna Haberkorn, 8 M., Buchbindermstr. Schmidt, 74 J., Ww. Ernestine Boat geb. Stürze, 60 J., Klempnermeisters Planter Ehefrau geb. Baumgarten, 43 J., Ernst Tauche, 2 J., Anna Liebelt, 1 J., Robert Grotenhain, 1 J., Redakteurs Lechner Ehefrau geb. Geyer, 38 J., Franz Schäfer, 7 Monate.

Ehrenerklärung.
Die beleidigende Aeußerung, die ich gegen Herrn **Friedrich Schopp** in Mietleben getan habe, nehme ich hiermit reuevoll zurück.
Emma Ulrich.

Kürschners Deutscher Reichstag.
Biographisch-statistisches Handbuch.
1907—1912.
Preis 60 Pfg.
Zu beziehen durch die
Die Volksbuchhandlung.
Harz 12/13.

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe unserer unvergeßlichen Tochter
Frida Boge
sagen wir allen denen unseren herzlichsten Dank, welche ihren Sarg mit Kränzen schmückten. Besonderen Dank Herrn Pastor Witte für seine trostreichen Worte am Grabe.
Die tiefbetrübten Eltern und Brüder.

Redakteur und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070409-14/fragment/page=0008